INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

Nr. 74 — 12. Oktober 1989

2 DM — auswärts 2,50 DM



VORWORT:

Was sich vor zwei Monaten noch keineR zu träumen wagte ist mal wieder Realität geworden - 70.000 Menschen auf den Straßen von Leipzig mit den Forderungen nach Freilassung der Gefangenen der letzten Wochen und Zulassung des Neuen Forums sowie nach einem gesellschaftlichen Dialog über Reformen. Wer die DDR kennt, ahnt was für einen Schritt dies bedeutet. Über die Vorgeschichte dieser Entwicklung erreichte uns ein Brief aus Leipzig (S. 3-7).

Die überarbeitete Fassung des Trampelmann-Papiers der "Radikalen Linken" drucken wir nicht ab, da sie zur bereits in unserer Zeitung veröffentlichten Fassung - nicht nur unserer Meinung nach - zu wenig Neues enthält. Probleme hatten wir auch mit den Einladungspapieren zum neuen Treffen der "Radikalen Linken" in Westberlin, da uns nicht ganz klar ist, was wir nun veröffentlichen dürfen und was nur "intern" ist. Könntet ihr das beim nächsten Mal bitte besser kennzeichnen; wir hoffen, alles richtig gemacht zu haben.
Eine Bemerkung zu dem abgedruckten Brief aus dem Knast Tegel: obwohl er mit de Forderung nach einem gerechten und humanen Strafvollzug endet, finden wir es für uns hier draußen wichtig, uns mit diesen Forderungen von drinnen auseinanderzusetzen und unsere, anderslautenden Vorstellungen zu vermitteln und dadurch den vielgepriesenen Dialog aufzunehmen.
Im Ordner landeten ein Flugi des Internationalistischen Zentrums und die Muster-Vorlagen für den Volxsportartikel.
Beim Abkupfern eines Artikels aus der "Swing" in der letzten Nummer haben wir natürlich auch einen gravierenden Fehler mit abgekupfert; dazu findet ihr unten in einen Kasten die Berichtigung aus der allerneusten "Swing".

Post, Beiträge, Beschwerden und Bestellungen (ab 5 Ex.) wie immer an:

INTERIM
Gneisenaustr.2a
1000 Berlin 61

INHALTSVERZEICHNIS !

WICHTIGE BERICHTIGUNG!!!

In der letzten Swing Nr.10, September '89, wurde fälschlicherweise der Artikel "Die kämpfende, illegale Struktur - Waffe der Kritik, oder Kritik der Waffe?" zum Thema Knast als ein Beitrag von Andreas Semisch überschrieben. Dieser Artikel wurde uns ohne Absender zugeschickt, und beim weitergeben, bzw. abtippen, ist dann der Fehler passiert: Nicht dieser Artikel(!), sondern die "Grüße von Drinnen" nach Wiesbaden (zur Infoladen-Besetzung, S.7) sind von Andi Semisch!
Da gegen Andi der "Starbahnprozess" noch läuft, ist diese Verwechslung, oder besser Schlamperei, besonders ärgerlich.
Deshalb sagt es auch allen weiter, die die Swing lesen oder diesen Artikel evtl. rauskopiert haben!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

LEIPZIG IM SEPTEMBER 1989 !!

In den letzten Tagen überschlagen sich die Ereignisse in der DDR - 70.000 auf den Straßen in Leipzig; in Dresden sichert der Bürgermeister die Freilassung der meisten Gefangenen zu, etc. Wenn ihr diesen Vorspann lest, sind sicher auch obige "Neuigkeiten" veraltet.
Aus Leipzig erreichte uns ein Brief vom 2.Oktober, der die Entwicklungen der letzten Wochen schildert und einschätzt. Von der GrOßdemo am letzten Montag (9/10/89) konnte der/die BriefschreiberIn noch nichts ahnen. Zwei Begriffe wollen wir kurz erläutern: Bei der KVU handelt es sich um die "Kirche von Unten" (siehe dazu alte Interims) und das öfters auftauchende Wörtchen "urst" kann mensch mit "sehr" übersetzen.
Wie bei vielen Ereignissen wollen auch mit dem Widerstand in der DDR viele Geier ihre Suppe kochen. Nicht nur das bundesdeutsche Kapital träumt vom Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus; auch die Taz plante eine Extraausgabe zum 7.Oktober.

Was ja an sich nichts Schlechtes ist, aber das Konzept zum Extrablatt passt wie die Faust aufs Auge zur Argumentation von ADN und StaSi, die von einer bewußten Inszenierung der Demos durch "Randalierer" im "Zusammenspiel mit Westmedien" sprechen. Das Konzept der Taz findet ihr nach dem Brief.
So widersprüchlich wie das Leben ist die Situation auch hier. Nicht nur wir freuen uns über die Demos in der DDR, auch der "Tagesspiegel" und die "BZ" - und wir erinnern uns noch gut an ihre Berichterstattung zum 1.Mai. Und daß Honni schleunigst auf Rente sollte, wünschen sich außer vielen Menschen in der DDR auch die meisten Bonzen und PolitikerInnen in Bonn - nur eben jedeR mit seinen eigenen Interessen und Träumen. Keine Wiedervereinigung und Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (unabhängig von den konkreten Organisationsformen) sind jedenfalls für uns Grundvorraussetzungen für einen Widerstand gegen die Parteibonzen in der DDR, der nicht Gefaht läuft, direkt in die Hände der Bonner Mafia zu arbeiten.
Zum schluß noch eine Bitte: Falls ihr selbst interessante Briefe und sonstiges Material (Flugis, Zeitschriften, etc)aus der DDR habt, laßt uns Fotokopien zukommen.

Dieses scheeiben ist vorrangig an Ex-Leipziger bzw.Ex-DDR-ler,oder an der Sache interessierte gerichtet um ihnen mal einen kleinen Durchblick zu geben ,was zur Zeit wirklich in Leipzig los ist.
Viele sind ja durch ihre Ausreise völlig aus den Aktivitäten hier gerissen worden,haben hier jahrelang in ihren Schlupflöchern auf Sparflamme gewartet und den Draht zur Basis verloren.Obwohl ihr es wohl wißt,will ich hier noch mal betonen,daß fast alles ,was durch die Medien kommt Scheiße ist.Der Osten ,wie der Westen übertrifft sich da(gegensätzlich?)von Mal zu Mal.Was die DDr an zuwenig bringt buttert der Konsum-Leistungs-Verkaufsorientierte Westen faustdick drauf.Meist istnes so,daß TV Teams mit ihrer Anwesenheit Scheißsituationen aufkommen lassen(DDR spricht von Aufwiegelung,die Ausreisewilligen ziehen ihre Tränenshow ab,die an der Sache interessierten Informanten wandern in die Karteib der Staasi).Andererseits wird der 0815 bürger aber wiederum durch die Westmedien auf dem Laufenden gehalten.Naja,hier also meine Interprätation:
Sankt Nikolei-eine Kirche wird zum Mecka! Seit nunmehr so gut 4 Jahren steht der montagli che 17.oo Uhr Gottesdienst unter dem Pseudonym"Friedensgebet"Abwechselnd wird dieses von kirchlichen Gruppen(beachte Rolle d. Kirche in der DDR Opposition)Basisgruppen gestaltet,also Andachten, Gebete,Fürbitten,Infos und den üblichen heiligen Kram.Logo,daß diese Gruppen,hatten sie einmal soein Friedensgebet zu gestalten,ihre persönlichen Anliegen einbrachten.-Solange das alles noch pseudowestlich Grün und unter dem Zeichen des Kreuzes war,schön und gut.Übers Waldsterben zu heulen bedroht den Staat nich.Seit den berliner Menschenrechtstheater(K.Lieb+Rosa L.-gedenkaufmärsche)um St. Kraftschik & Co. und kurz davor den KVU(Zionsk. Grenzfall)aktivitäten kamen immer mehr innenpolitische Aspekte zur Sprache,Resulutionen wurden vorgetragen,Soli bekundet,Freiheit für Eingeknastete gefordert usw.Derzeit zog das vieles aktionsfreudiges Volk an und die Zahlen stiegen.Politische Grüppchen starteten aus der kirche

heraus Aktionen(Flugies,Demos,Plakate usw).Ganz klar,daß die heiligen Brüder bald Arschflattern bekamen und sich von diesen Leuten distanzierten (entmachteten).Die lage war wieder ruhig und am Einschlafen,bis die stetig steigende Anzahl der Ausreiser(meist die schlimmsten Bürger!-gut,daß die gehen)die destruktive Athmosphäre montags nutzte um sich zu treffen (ohne daß was gemacht wurde)Diese bekamen optisch alsbald die optische Präsens(prowestliche Klamotten und Verhalten)und ließen(wenn überhaupt) die größte Gülle vom Stapel.das vertrieb viele Leute,die hier bleiben und was ändrn wollten aus der Niko.Extrem wurde es im Frühjahr-Sommer dieses Jahres,als die ausreiser zahlenmäßig stark(aus andereh Städten)spontan"Schweige"märsche machten und sinnlose Sachen vom Stapel ließen(Wiedervereinigung,Freiheit,Hallo Mammi+Papi)-(was hatten die Helden schon zu verlieren?)Langsam(die Öffendlichkeit bekam die Aktivitäten in der Innenstadt immer bedrohlicher mit) wurde das Friedensgebet zum heißen Eisen und die Staasi+Bullen knieten sich u rst rein(Archive anfertigen,Leute einschüchtern,zu verhaften(Liebknechtdemo 88 in Leipzig,Wahldemos 89)um Repressivgewalt zu demonstrieren.Im September doieses Jahres(die Ausreiser ein langsam weg bzw uninteressant geworden)kann man deutlich den Trend verspüren,daß mehr und mehr Leute kommen,die hier bleiben wollen und ganz einfach Halt und Hoffnung suchen.

Die politische Lage im Land: Die Wirtschaft Obwohl die Gesetze vom Wortlaut her alles möglich erscheinen lassen,leidet die Wirtschaft unter Versorgungs-Planungs-und Leitungsschwierigkeiten,die die administrative zentralisierte und von deen Parteiinteressen geprägte Planwirtschaft verursacht.Die Hirarchie der Leitungsebenen(die saumäßige-augenwischerrische Kontrollarbeit)verlangt(im Interesse der jeweilig Verantwortlichen)geradezu nach Erfolgszahlen(Lügen).Der Materialmangel fördert Koruption(der Betriebe untereinander).Die Proleten werden mit Parolen und (wertlosem)Geld bei der Stange gehalten.Zusätzliches Druckmittel ist die (Einheits)Gewerkschaft,die Mißwirtschaften deckt und am Ende ihre Gläubiger an die Betriebsleitung verschachert.AußenpolitikDie alte Garde,die die stalinistischen Tugenden hochhält,sieht sich von den Kampfgefährten im soz.Lager verraten und klammert sich an den letzten(wirtschaftliche Aspekte stehen im Vordergrund)Bundesgenoesen,sei er auch noch so extrem(China,Rumänien)

Innenpolitisch würde ich die Bevölkerung in 3 Gruppen teilen(Nichtstuer klammere ich von Vornherein aus).Die Kirche hat ja seit jahren eine(nicht nur glaubige)Basis.Mit der Zeit hat sich aber bewiesen,daß sie als politisches Podium nicht nutzbar ist(KVU-Projekt

,Umwelt-und politische Gruppen sind nur begrenzt aktionsfähig).Sie bietet halt nur die Räumlichkeiten(es ist ihr wohl nicht zu verübeln,da sie ihre Pflicht nur darin sieht ihre Schäfchen sicher in den Himmel zu bringen).Die Basis(also,die progressiven Teile der Bevölkerung)versucht durch unterwanderung des Staatsapparates etwas zu ändern.Die meisten scheitern(oder gar alle?)steigen aus(ziehen sich in ihre gepolsterten Eigenheime zurück,reisen aus oder schließen faule Kompromisse).Eigenständige Szenen(Studente,Künstler,Alternative)gibt es nicht oder sie sind dermaßen in sich isoliert,daß sie den Staat nich interessieren.Treten Tendenzen nach außen(Ausreiser,Neues Fourum,Vereinigte Linke usw)werden sie mit aller Kraft bekämpft.Die Elite (Führungskader,hohe Parteimitglieder,Staatsveteranen,Staatswissenschaftler+Künstler,Ärzte,Armee+MdI'Apparat)badet sich in Privelegien und grenzt sich(materiell wie ideologisch)immer mehr vom øBürger ab.
Noch etwas zu den Montagsleuten:Es unterscheiden sich 3 Typen von Beteiligten:Schaulustige(Freisitzpublikum-Fußballfans,Punks+Skins,Sensationsgeile Bürger),interessierte Leute(meist Intelektuelle,Eltern-Arbeitskollegen von Aktivisten,Fourumsympatisanten),die zurückhaltend und unerfahren -rein ihres Gewissens dabei sind,und die Aktivisten-davon die passiven (die so ziemlich durchblicken,hier bleiben wollwn und seit Jahren in ihrer absoluten Erkenntnis Statements für den Westen formulieren bzw in anderen Projekten vor sich hinschmoren)und die aktiven(meist junge unerfahrene (die Alten sind ja alle im Westen)Kirchensprößlinge,die sich unermüdlich Kerzen und Plakateschwingend von Der Polizei die dicksten Ordnungsstrafverfahren aufbrummen lassen und Leithammel des verängstigten Proletenmobs sind.Der Staatsapparat(ZK,Staasi?MdI)sucht meiner Meinung nach nach einer autoritären Führerfigur(Richtlinie für ihr Handeln)und sieht sie einfacherhalber derzeit des öfteren in den altbewährten Kraftakten gegen unlieb-

same Erscheinungen.Möglicherweise versucht jeder irgendwie so gut wie möglich(deshalb die vielen unverständlichen Handlungen von Staasi,MdI, Behörden,Partei)bis zum 40.Jahrestag,bzw Parteitag,bzw Honeckernachfolger durchzuhalten bis dann neue Befehle eintreffen(derzeit gibt es,glaube ich unter den Behörden keine konstruktive Zusammenarbeit mehr).Selbst Armee(Bepo)und Parteibasis bietet keinen sicheren Rückenhalt mehr(Glasnost+Perestroikagedanke).Man baut auf fanatische Spezialtruppen(Zivil-Staasi)und die militante Parteielite(Kampfgruppen)-wirft diese immer mehr in den Kampf.

Die letzten Wochen in Leipzig Ich erspare mir jetzt Analysen warum gerade Leipzig das Zentrum der Aktivitäten geworden ist-es sind wohl zufällig viele günstige Bedingungen aufeinandergetroffen-is ja auch egal...
Vor der Sommerpause des Friedensgebetes(auch lustig-was?)dominierten die Ausreiser in und außerhalb der Veranstaltungen.Der Feriensommer schuf nun ein Ventil für viele,die über Ungarn usw übersiedelten und ließ die "Dummen",die fein artig auf ihre Bestätigung warteten zurück.Diese hatten jetzt Angst(Lücken in Wirtschaft,Sozialwesen)nich mehr rauszukommen und warteten aufs große Messe-Rambazamba vor ARD+ZDF.Es kam ja dann am 4.9. auch dazu.Der Gottesdienst stand unter de m Motto 40 Jahre Überfall auf Polen und hielt sich bewußt(wegen der Präsens von Presse und Polizei (ca.2000 Besucher)aus allem raus.Nach dem Gebet sammelten sich die Leute auf dem Vorplatz und präsentierten sich peinlichst vor den Kameras(Wir wollen raus...)Die Bullen hielten sich raus-Zivis rissen lediglich die Plakate der Aktivisten(kam im TV)mit innenpolitischen Losungen Runter.Das Rumgestehe löste sich dann mit der Zeit auf(Zurückhaltender Druck der Polizei)-Festnahmen meist durch emotionale Ausbrüche gegen die Sicherheitskräfte.Am 11.9.sperrte die Bullizei die Zugange über Nikoleistr.,Ritterstr. (jeweils Oben und Unten)Und Schum.str.(Waffenmoritz)während des Friedensgebetesvöllig ab,um zu verhindern,daß die Zahl der Wartenden auf dem Nikoleikirchhof noch größer würde.

Hinter der Polizeikette wrteten jeweils 2-300 menschen(Schaulustige)und sympatisierten mit den vor der Kirche stehenden.Trotz starker(erstmalig) Polizeipräsens stand noch eine Anzahl Leute verängstigt(ca.1 St. danach) voe der Kirche.(der Rest hatte den heißen Schauplatz durch die Polizeiketten zu den Schaulustigen verlassen)Dann griff die Bullizei mit Gewalt ein und prügelte ihre LKW's voll Leute(ein Teil rettete sich ins Gemeindehaus)und machte den Vorplatz leer.Mittlerweile war auch die Anzahl der Schaulustigen stark dezimiert,daß die Beposperren 19.30 aufgelöst wurden und sich Alles auflöste.Nur einige Hundert Leute zogen vor s VP Revier Ritterstr.,wo sie ca. 20.00 plötzlich von Bullischisten und Zivis aufs Gelände des Schwanenteiches gejagdt und eingefangen wurden.Für viele Beteiligtenwaren diese Ereignisse ein Schock-die ersten ernsten Erfahrungen mit Knüppelbullen.Fazit:100-150 Zuführungen!Am 12,9.wurden die meisten bis 18.00 entlassen(Geldstrafen zw.1000-5000.M.)
Nach diesen erstmals offenen Auseinandrsetzungen erwarteten die Friedensgebetleut wie die Sicherheit für den nächsten Montag noch mehr Teilnehmer. Die Polizei warnte die entsprechenden Kirchenhäuptlinge vorher und kündigte unverblühmt Härte an.Deshalb bat man beim Friedensgebet diesmal friedlich und schnell den Nikoplatz zu verlassen,was erstaunlicherweise auch gemacht wurde.Trotzdem sammelten sich diesmal noch mehr Zaungäste hinter den wieder errichteten Bepoabsperrungen.Im Laufe der Zeit löste man diese auf und einige(meist Nichtteilnehmer am Gottesdienst) spielten Helden und es kam erneut zu Festnahmen(ca.100)Gegen nunmehr 11 wurde Haftbefehl erlassen(einige sind mittlerweile schon bis zu 10 Monaten verknackt)Am 25.9. wimmelte die Innenstadt von Menschen.Die Polizei sperrte den Nikohof nicht mehr ab(man hätte den Konfliktort nur verlagert) Die Kirche war erstmals Brechend voll(2500) und mußte geschlossen werden. Vor ihr warteten Tausende aufs Ende des Gottesdienstes.Erstmals lief ein 1A-guter G-dienst zum Thema Gewalt,erstmals wurde inteligent und geschickt ausgesprochen,was alle hören wollten.Das ermutigte und ließ ein bis dato noch nicht gekanntes Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen.Erstmals wurden den Besuchern gewaltfreie Aktionen erklärt(typisch DDR)und sie ihrer Rechte bewußt gemacht.Der Saal brodelte,die Menge tobte nach jedem WWWWW Satz.Danach sammelte sich eine unüberschaubare Menge auf dem Kirchhof (5-6000) sang Lieder(We sh. over come,Internationale usw)und spielte Friedenstheater(Kerzen,Klatschen, Sprechchöre).Als man merkte,daß die

Sicherheit diesmal unentschlossen war(ob durch Gottesdienst od. die übergroße Menschenmenge?)zog die Masse die Ritterstr. Richtung K.Marx platz rauf.Dort gesellten sich Hunderte bereits Wartende dazu,daß die Zahl vor der Hauptpost dann ca. 7-9000 war.Dort zog man dann 1.Mai-mäßig zum Hbf. runter.Die Bürger Kletterten aus den Straßenbahnen,Autos hupten.Im Verlauf solidarisierte sich der Zug einheitlich mit dem tags zuvor offiziell abgelehnten Neuen Fourum-rief ständig diese Parolen. Man ging den Ring entlang(die Goethestr. war grün gesperrt)zum F.Engelsplatz,wendete an der Brücke und ging die Gegenspur zum Hbf. zurück. Zahlenmäßig hatten sich jetzt 20.00 doch viele abgesetzt.Vornehmlich junges Volk tobte in den Bahnhof(Fußballatmosphäre??)und machte dort sinnlos Krawall.Dabei kam es dann zu festnahmen.Der große Demozug löste sich relativ zügig auf.Gegen Mitternacht sah man erstmalig gepanzerte Wasserwerfer durch die Stadt fahren.2. OktoberGewarnt und schockiert von den Ereignissen macht die unter Feuer geratene Administration(SED)mobil, verhängt am Mittwoch das innerparteiliche Kriegsrecht.Honecker warnt,daß sich soetwas nicht ein 2. Mal ereignen dürfe(natürlich nicht offiziell). Die Bezirksleitungen der SED fordern auf schwarze listen in den Arbeitsbereichen zu erstellen,verbietet ihren Mitgliedern Sympatisantentum.Die regionale Parteipresse eröffnet eine Reihe leserbriefe in denen auf primitivste journalistische Weise(die Sprache des 3.Reiches benutzend) der Leser emotional aufgeheitzt und auf Gewalt vorbereitet wird. Kampfgruppen werder ausgerüstet(denke an alte Brandenburgertorfotos),man munkelt von neu angekauften Wasserwerfern usw,usw.In dieser Ungewißheit und Angst strömten die Menschen schon vor 16.00 in die Nikoleikirche. 16.30 wurden die Pforten wegen Überfüllung geschlossen.Ein paraleller Gottesdienst in der Reformierten Kirche(gegenüber Brühl)war nach kurzem ebenfalls überfüllt.

Der Gottesdienst(leider wieder unter dem Zeichen des ülichen Bibel blabla)hielt sich zu den draußen ablaufenden Ereignissen weitgehend raus.Eine umweltgruppe forderte zum wiederholten Male auf Umweltschutz bei sich selbst zu beginnen-herausragend lediglich ein Aufsatz eines Bruders über Schuld und Mitschuld an der gegenwärtigen Situation.Deutlich die Ratlosigkeit und ungewißheit der Kirchenvertreter auf das,was da kommen würde. Vor der Kirche erwartete die(dazuwenigen)kirchengänger eine nicht abzuschätzende Menschenmenge.Das übliche rumgestehe,Sprechchöre:Neues Fourum zulassen,Freiheit für die Gefangenen,und endlich überdeutlich und einheitlich:Wir bleiben hier...)Danach Ablauf wie die Woche zuvor.K.M.-platz,Hbf,Tröndlinring-diesmal 15-20ooo Menschen.Kampfgruppen und Bepo sperrten in Doppelketten die Innenstadt ab.Dann(aus Unerfahrenheit,Dummhei od.Frechheit?)ein Krasser taktischer Fehler:Auf Höhe Polnisches Infozentrum sperrten(viel zu wenig-ca.2-300)Plizei+Krampftruppen den Ring ab. Der Zug geriet ins stocken.Obwohl die Ganze Atmosphäre durch viel persönlichen Einsatz von Demonstranten gewaltfri gehalten wurde kam es unweigerlich zu Schubsereien,Durchbrüchen undKeilereien.Schließlich,gegen 20.15 löste die mitlerweile völlig eingeschlossene und bedrängte Polizei die sperre,in der Hoffnung die Masse an der Brühlbrücke durch eine bereits neu errichtete zuStoppen.Über Brücke und durch Straßenbahnen war diese jedoch bald durchbrochen.Der etwa noch 2500 leute zählende Zug bewegte sich am Staasigebäude den Dittrichring entlang.(Die Polizei hatte wohl jetzt total den Faden verloren-fuhr konfus durch die Gegend)An der Thomaskirch schwengte der Pulk unbehindert in die Innenstadt.Mittlerweile aber waren(erstmalig)gepanzerte Polizeieinheiten aus der Dimitrowstr. herangeführt worden ,die die Menge auseinanderprügelte und Leute einfing. Einen Tag danach sind 8 Festnahmen bekannt.Wie wenig die Verantwortlichen die Situation einschätzen konnten(wo und was haben die eigendlich in den Jahren beim Studium gelernt?)beweist,daß zu ebendieser Zeit die Kampfgruppen das Rathaus umstellten,wohl in der Erwartung der aus dem Westen gesteuerte Pöbel gedenke die Stadtväter zur Guillotine zu führen. Der Wahrheit halber muß ich hier zugestehen,daß die Polizei(vom letzten eisatz mal abgesehen)deutlich auf Gewaltakte verzichtete-diese,wo geprügelt wurde,eigendlich nur dem Übermut einiger Hitzköpfe oder der Sicherheitsbedrohenden Situation für die Grünen zuzuschreiben war.Sicher spielte da der ins Haus stehende Jahrestag keine unwesentliche Rolle.

Soweit dazu.Die erwartete Gewalt(einige-zum glück unbemerkte-Leutehatten Straßenkampfausrüstung mit)blieb aus.Verschiebt sich die Angst auf den nächsten Montag.Aus beiden Lagern klingt beängstigender Bürgerkriegsbereitschaft(wer da den kürzeren zieht dürfte wohl klar sein).Die Parteigenossen sind untereinander emotional gespalten und es bleibt zu erwarten,daß die skrupelloseesten das Ruder an sich reißen...Jahrelang hat man Partei-und Sicherheitsapparat so aufgebaut,daß sich dieser über Jahre materiell+ finanziell(auch isoliert)am Leben erhalten kann.Die Reform wird also nur über ihre eigenen Reihen gelingen.Gewaltaktionen würden bei der hiesigen Stufe der Gesellschaft zu nichts führen.Was kann der Westen(also ihr)für eure alten Freunde tun?Wir selber machen seit Wochen Kartengruß+Soliaktionen für die Inhaftierten-das ist urst wichtig.Wir brauchen hier objektive Berichterstattung über die Medien(emontionale Flüchtlingsszenen bringen keinen weiter)-Diese bringen unsrer Führung erst die Argumente gegen uns!Sympatiebekundungen sind wichtig(Briefe, Resolutionen,Solischreiben+Soliaktionen.Materiell leidet die Szene am Mangel an Druck+vervielfältigungsmaterial.Informationsmaterial ist meist nur interessant,wenn es Kontakte mit anderen Gruppen in der DDR erleichtert.Notwendig wäre auch mal bei den Westmedien anzuklopfen um denen klarzumachen,was sie für Scheiße bauen(obwohl sie denken zu helfen).Ein anderes wäre,die Leute von hier nicht sinnlos abzuwerben od. rüberzulocken.Wer hier weg muß merkt das früher od. später von selbst.

<u>Inhaftierte:</u> Carola Bernschlegel,Katrin Hattenhauer,Ramona Ziegner,Gundula Walther,Sylvia Ulbricht,Dirk Hartmann,Günther Müller,Jörg Müller,Mirko Kätzel,Jens Mischalke,Piere Matzeit,Axel Gebhard,Andrey Gay,Udo Suppa, Tino Kawatzky,Holger König

<u>An</u> :Beethovenstr.2 A,PSF 225,Leipzig,7010

Leipzig,2. Oktober

EIN DOKUMENT ZUR ZEITGESCHICHTE BZW. ZUR MEDIENREALITÄT !!! !!! !!! !!! !!! !!! !!! !!!

Achtung: taz-Extrablatt

Vorbereitungen für den 7. Oktober — im Fall des negativen Falles

Nach der Redaktionskonferenz vom 6. Oktober haben sich die Redaktion und Vertreter Innen von Büro und Technik (beides im weotesten Sinne) darauf geeinigt, alle Vorbereitungen für eine vierseitge Sonderausgabe der taz zu den Ereignissen am 7. Oktober in Berlin, Hauptstadt der DDR, zu treffen. **Dieses Extrablatt soll produziert werden, falls es am Samstag zu massiven Einsätzen der diversen staatlichen Gewaltorgane gegen protestie[illegible]e Menschen kommen sollte.** Ist das nicht der Fall, wird am Sonntag auf der Redaktionskonferenz die bereits vorbereitete Berichterstattung für die Montagsausgabe wie vorgesehen ergänzt und präzisiert. **Entschieden wird über die Produktion des Extrablattes am Samstag um 17 Uhr in unserem Verlagshaus in der Kochstraße 18 (2. Stock, Aktuelle).**

Heißer Draht

Angesichts der Probleme bei der Einreise in die DDR sind wir dankbar für jeden Versuch von Kolleginnen und Kollegen, unseren Informationsstand durch eigene Eindrücke zu bereichern. Damit solche Berichte und spannende Einzelinformationen die taz rechtzeitig erreichen, damit unsere Recherche-Truppe rückfragen kann, und zuletzt damit potentielle Autor Innen ihre Beiträge anmelden können, wird ein **Chef vom Dienst ab Samstag 13 Uhr** bis 18 Uhr in jedem Fall, im Produktionsfall bis 21 Uhr telefonisch erreichbar sein und auch den neuestenm Tickerstand an Kolleg Innen unterwegs durchgeben. **Michael Rediske bzw. Brigitte Fehrle** werden unter den Nummern **25902-275** sowie **25902-267** und **25902-257** erreichbar sein. Die letztgenannte Nummer wird auch in der Berlin-Ausgabe als Anlaufstelle für unsere Leser Innen, die uns ihre Beobachtungen mitteilen wollen, bekanntgegeben.

Achtung Berlin-Redaktion:
EXTERN: Die Nummer 257 wollt et ihr als Hit des Tages oder sogar in der Berlin-Ausgabe auf S. 1 plazieren, außerdem über euren Verteiler an die diversen Rundfunksender geben.
INTERN: Freitag nach Feierabend die Nummer 257 auf 275 umstellen!!! Den Fernseher in die Aktuellen-Redaktion bringen.

Vertrieb
Die Kollegen Klaus Peter Zimmermann und Bernd Jaeckel stehen bei der Entscheidung um 17 Uhr bereit, den Handverkäufern und für den Kiosk-Vertrieb am Sonntag „grünes Licht" zu geben. Das taz-Extrablatt wird für 50 Pfennig verkauft werden.

Produktion
Doris Benjack hat die Koordination im Bereicht Satz/Layout/Technik übernommen und wird ab 17 Uhr die in Bereitschaft wartenden Kolleg Innen verständigen.

Zeitplan

Freitag, 22:00 Uhr: letzte Besprechung der „Einreisenden" im Cafe Mora, Großbeerenstraße;

Samstag

13 Uhr: Michael & Brigitte auf Posten

17 Uhr: Entscheidung Extrablatt (neben Michael und Brigitte von der Redaktion anwesend auf jeden Fall Georgia; Bitte an die Fotoredaktion: auch eine Kollegin von dort)

wenn ja:

19 Uhr: Redaktionsschluß
20:30 Uhr: Layout fertig
21 Uhr: Filme fertig
21:30 Uhr: Im Druck
22:30 Uhr: Anlauf Handverkauf in Kneipen, Verteiler an Kioske.

In jedem Fall Sonntag 10:30 Uhr Redaktionskonferenz — Achtung Technik und Vertrieb: die Redaktion bemüht sich um Einhaltung aller Fristen, es kann aber Sondersituationen geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Ihr seht, haben sich alle zuständigen Abteilungen im Haus bemüht, im Fall besonderer Ereignisse in Ostberlin ein Extrablatt produzieren zu können. Und wir waren bei den Vorbesprechungen auch alle Zeitungsmacher genug, es prima zu finden, sowas hinzukriegen. Trotzdem war auch die Hoffnung da, **dieses Extrablatt nicht produzieren zu müssen — denn einen positiven Anlaß konnten wir uns bei aller Phantasie eben nicht zusammenspekulieren.**

Danke für Eure Unterstützung

Georgia T.

(SELBST-)KRITIK ZUR DEMONSTRATION VOM 3.10.89

Niemand will es gewesen sein,keiner fühlte sich verantwortlich. Nach der Räumung der Ohlauer 29,der kurzen Besetzung des spd-Büros und der guten Spontan-Demo von 200 Leuten entstand der Gedanke eine Demo und eine VV durchzuführen,für die breiter mobilisiert werden sollte.Die Mobilisierung funktionierte auch prima,fleißig wurden Flugblätter produziert(Dank eines von uns enteigneten Kopierers).Am Dienstag kamen dann 400 Menschen zusammen(o-Ton Bullenfunk:"zu allen entschlossen").Doch nun begann die Organisationspleite.Viele Fragen,wer hatte den Veranstaltungsort gewählt und angekündigt?Warum hat Mensch versäumt die Leute dort zu informieren oder einen anderen Raum zu organisieren? Wer hat zusätzlich eine VV einberufen, auf der im Grunde niemand etwas zu sagen wußte(z.B.Demoverhalten und Vermummung)? Die Antwort ist genauso einfach wie unbefriedigend,jede/r glaubte die/der andere wird sich schon kümmern.Fehlanzeige,und überhaupt eine Haltung die ohnehin nervt.Die Versuche einiger,noch etwas rauszureißen waren eher hilflos.Was bleibt ist die Erkenntnis und der Apell,mehr Verantwortungsgefühl zu entwickeln und genauer zu sein und eine Anpisse in Richtung derjenigen,die immer Arbeit anderen überlassen.

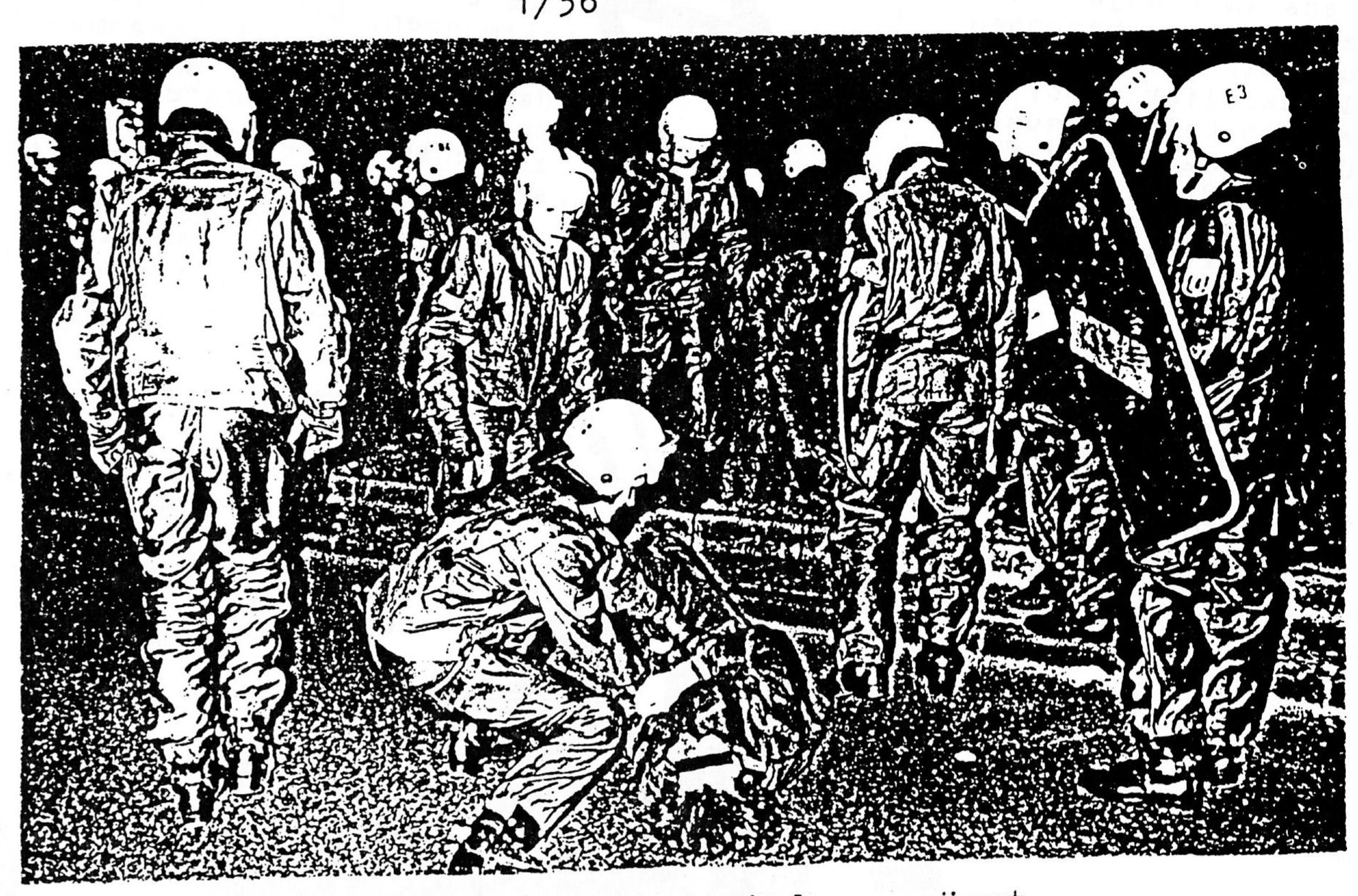
Zur Demo,daß die Bullen Wind von der Sache bekamen,war wohl unvermeidbar und für jede/n die/der kam klar zu erkennen.Da sie eine Übermacht von 700 Bullen(Quelle:Bullenfunk)aufgefahren haben,war auch klar,daß es kein Spaziergang wird.Wir fanden die Demo trotzdem gut.1.Weil 400 Leute kamen,die ihre Solidarität zum Ausdruck brachten.2.weil trotz der Bullenrepression die Leute auf die Straße gegangen sind und auch geblieben sind. 3.Weil die Parolen und Lieder trotz des Bullenkessels und der Bullengewalt,ein starker Ausdruck davon war,was wir diesem System entgegenstellen.Die Auflösung der Demo am Hermannplatz bewerten wir als richtig,da wir nicht zulange als wandernder Kessel durch die Straßen ziehen wollten.Die Kritik an der Demo-Route ist berechtigt,die Demo-Route war beschissen,doch glauben wir nicht,daß eine andere Route etwas am Bullenverhalten geändert hätte.Bleibt das ,was die Schweine uns antun,wenn wir (friedlich) zeigen,was wir von ihnen halten:6vorläufige Festnahmen und eine ganze Menge Leute mit Verletzungen.

Anm.:Fahrräder ans Ende der Demo,durch einen Sturz über ein

Fahrrad, während die Bullen gerade losknüppelten, wurden mehrere Leute verletzt und zwei Festnahmen konnten nicht verhindert werden.

Venceremos

Infobüro O-29
Eisenbahnstr. 15
1/36



OHLAUER 29 wiederbesetzt ... und wieder geräumt

In der Nacht vom 7. auf 8.10. sind wir wieder in die Ohlauer 29 gegangen. Wir wollten damit zeigen, was wir vom Geschwätz der SozialstrategInnen Junge-Reyer und Eichstätt und Konsorten halten. Deren dreckige Politik besteht u.a. daraus, modernisierte Wohnungen von Obdachlosen durch Kurzmietverträge "warmwohnen zu lassen", um sie dann wieder in das nächste Haus abzuschieben. Den Versuch uns Gleichbetroffene gegenseitig auszuspielen, werden wir nicht hinnehmen.
Wir waren gerade zwei Stunden drin, als die Bullen massig aufliefen und wir uns wieder verdrücken mußten. 3 Menschen wurden dann vor dem Haus abgegriffen, aber kurz darauf wieder freigelassen. Die darauffolgende Demo mit ca. 50 Leuten zwang die Bullen zumindest ihr Aufgebot auf 20 Wannen zu erhöhen, Am Heini lösten wir die Demo auf, nachdem bei einem weiteren Knüppeleinsatz 2 von uns verletzt wurden. Am nächsten Tag wurde auf eine Anzeige des Spielhallenbetreibers hin von 4 Leuten, die vor dem Haus standen, die Personalien aufgenommen: Verdacht auf Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung.

LEERSTAND IST KEIN ZUSTAND

In dem Haus Lübbenerstr. 27 soll laut S.T.E.R.N. (Gesellschaft für "behutsame" Stadterneuerung) frühestens im Frühjahr 1990 mit der Modernisierung begonnen werden. Obwohl die Gelder noch nicht einmal bewilligt sind, und nach wie vor noch kein genauer Zeitpunkt für den Baubeginn feststeht, ist ein Großteil der MieterInnen bereits entnervt ausgezogen bzw. umgesetzt worden.

Durch mehrere Besetzungen und Druck von unten begann die Sozialverwaltung ab Mai 1989 in einem Teil der leerstehenden Wohnungen Obdachlose reinzusetzen. In den restlichen Wohnungen sind nach und nach andere Obdachlose einfach eingezogen.

Nachdem die vom Sozialamt abgeschlossenen befristeten Nutzungsverträge am 30.09.1989 abgelaufen sind sollen die Wohnungen wieder leerstehen. Die Obdachlosen werden mit scheinbaren Alternativen entweder in ein geräumtes Haus, oder ins Obdachlosenasyl zu ziehen, erpresst; die restlichen Leute sollen auf die Straße.

Aufgrund der zugespitzten Lage 20.000 Obdachlose gegenüber unverschweigbaren Wohnungsleerstand ist der Senat dazu gezwungen, Wohnungen zu beschlagnamen. Die "Beschlagnahmungen" dauern nie länger als ein paar Monate, d.h. die Menschen werden zwischen Obdachlosenasyl und Wohnungen hin und hergeschoben.

Diese Situation benutzt der Senat z.B. um Wohnungslose gegen BesetzerInnen auszuspielen.

Er bietet den räumungsbedrohten Leuten in der Lübbenerstr. gezielt das geräumte Haus in der Ohlauerstr. 29 an, obwohl es m a s s e n h a f t andere leerstehende Wohnungen gibt.

Um solchen Spaltungsversuchen entgegenzutreten dürfen wir uns nicht mehr länger von Institutionen wie Sozialamt, Obdachlosenfürsorge und Parteien verarschen lassen!!!

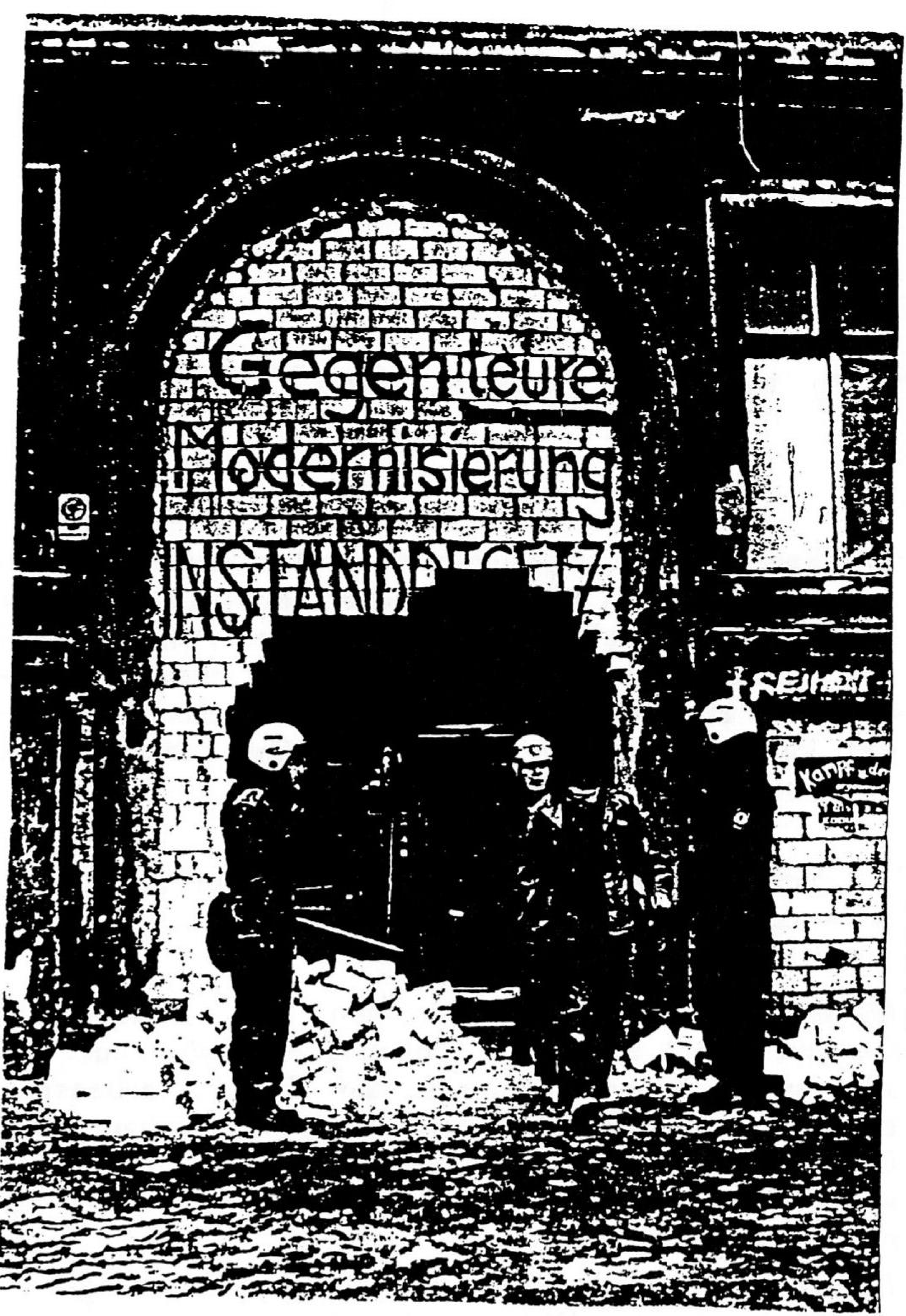
ViSdP: F. Umke Waldemarstr. 90 1/36

MIETVERTRÄGE FÜR ALLE WOHNUNGEN DER LÜBBENERSTR. 27 MINDESTENS BIS BAUBEGINN !!!

ÖFFNUNG DER LEERSTEHENDEN WOHNUNGEN UND HÄUSER FÜR ALLE OBDACHLOSEN

GEGEN ABRISS UND WOHNRAUMZERSTÖRUNG !!!

KEINE RÄUMUNG DER BESETZTEN HÄUSER UND WOHNUNGEN !!!



7.Teil des Flugis zur **Wohnungsnot VV am 19.10.** im Mehringhof um 19 Uhr

AN DER SCHLANGE VORBEI

wer kennt sie nicht, die schlange von wohnungssuchenden am zoo oder bei besichtigungen; die dagegen immer weniger dafür aber immer teurer werdenden wohnungsangebote in den zeitungen, versehen mit warnungen an frauen nicht alleine in fremde wohnungen zu gehen.
arrogante vermieter, die genüßlich grinsend schmiergelder annehmen. die nervenden telefonate mit maklern, die dazu auch oft noch zuviel als erlaubt für ihre zuträgerdienste einstecken oder an der vermittlung einer eigenen wohnung verdienen; dazu das dubiose treiben der wohnungsvermittlungs-vereine und ...... und immer wieder und immer noch leerstand, zwangsräumungen, bewußte zerstörung von billigem wohnraum durch abriß oder luxussanierung.

auf der anderen seite neue betonburgen, steigende mieten, quadratisch praktisch übersichtlich von zeitloser schönheit und ohne jegliches leben. reiche hausbesitzer in ihren villen im grunewald, die sich nur um das eintreiben "ihrer" miete kümmern.

WAS HAT DAS ALLES MITEINANDER ZU TUN ?

wer sich die schlange der wohnungssuchenden mal genauer ansieht, wird feststellen müssen,daß 2 ganz unterschiedliche soziale schichten darin nicht zu finden sind.die vermögenden und die, die nur noch ein paar plastiktüten besitzen.letztere brauchen sich nicht mehr anzustellen,ihre lage ist sowieso hoffnungslos.was bleibt sind parkbänke und stille besetzungen in leeren häusern.wenn sich aus solchen situationen die leute zusammenschließen um gemeinsam etwas zu besetzen,wie z.b. im nov. 88 die sorauer 27 oder jetzt den grenzstreifen mompiland,so begrüßen wir dies aufs schärfste.
weil wohnen eine ware ist, wird es als solche verteilt. wohnungsnot ist also nichts absolutes, sondern auch ein verteilungsproblem d.h. wer viel geld hat kann sich an der schlange vorbeidrängeln. mensch sieht dies jedoch niemals, weil die schlange noch nie eine war, sondern eine pyramide des einkommens. mit viel geld stellt man sich gar nicht erst an, wer nichts hat bleibt auf der strecke.
und dazwischen die breite masse, die unter den beschriebenen verhältnissen sich verkaufen, schmieren oder sexistischer gewalt ausgesetzt sind; die unter dem real existierenden konkurrenzkampf um wohnraum ihre gemeinsamkeiten, nämlich keine verfügungsgewalt über häuser zu besitzen, schnell über bord werfen; die immer mehr der staatlichen kampagne, mit freundlicher unterstützung der medien, der spaltung, dem rassismus und der ausgrenzung verfallen und dann irgendwelche gruppen von menschen, die unter den gleichen bedingungen leben müssen für ihre lage verantwortlich machen.
teile und herrsche, diese uralte strategie gedeiht prächtig im dschungel des freien wohnungsmarktes. die gleichartig betroffenen lassen sich spalten in wohnungslose und noch über wohnungsverfügende, studentInnen,aussiedler, arbeitslose oder lohnabhängige, in west deutsch und nicht west deutsch, in jung, alt, schwarz und weiss

die herrschenden lachen sich ins fäustchen
oder hast du schon mal momper, nagel, pätzold oder deinen hausbesitzer in der schlange gesehen ?????

ALS WIR BILLIGE WOHNUNGEN SUCHTEN
liessen sie ganze Häuser leerstehen
ALS WIR GEMEINSAM IM KIEZ LEBEN WOLLTEN
rissen sie ganze Blocks nieder, bauten sie Betonkästen dorthin, verlangten sie Wuchermieten
ALS WIR DAGEGEN DEMONSTRIERTEN
ignorierten sie uns
ALS WIR HÄUSER BESETZTEN
sagten sie wir seien Kriminelle
ALS WIR DAMALS VERHANDELN WOLLTEN
drohten sie mit Räumung
ALS WIR PROTESTIERTEN
schlugen sie uns ihre Knüppel auf den Kopf. sagen sie wir seien Terroristen
ALS WIR UNS WEHRTEN
räumten sie
denn von uns geht die Gewalt aus sagen sie
warfen sie Tränengas
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie
steckten sie uns in den Knast
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie
WIR GLAUBEN IHNEN NICHTS
WIR WERDEN DANACH HANDELN!

DAS GESCHÄFT MIT WOHNEN UND NOCH MEHR MIT DER WOHNUNGSNOT FLORIERT
DENN KONKURRENZ BELEBT DAS GESCHÄFT

Neuköllner Kiez Flugschrift

SONDERNUMMER

"Die Häuser denen die drin wohnen ?!"

Informationen zu Modernisierung und Instandsetzung und wie wir uns dagegen wehren können.

Was viele NeuköllnerInnen schon längst wissen, hat Wirtschaftsstadtrat Buschkowsky nun auch zugeben müssen: *"Im Neuköllner Altstadtbereich gibt es geradezu einen Schub von Spekulationsaufkäufen."* (Neuköllner Spiegel, Mai 89). Häufig wird nach dem Kauf eines Hauses erstmal modernisiert. Das liegt sicher nicht an der Renovierungsbedürftigkeit vieler Altbauten hier im Kiez, sondern eher an den riesigen Gewinnen, die sich bei Modernisierungen machen lassen.

Spekulanten und sogenannte Abschreibungsgesellschaften modernisieren ein Haus nach dem anderen. Oft nehmen sie dabei keine öffentlichen Gelder in Anspruch, was ihnen die Möglichkeit gibt, die entstehenden Kosten voll auf die Miete umzulegen. Dabei wird doppelt kassiert: Zum einen können die Investitionen von der Steuer abgesetzt bzw. 8 Jahre lang von der Steuer abgeschrieben werden. Durch diese Steuerersparnis stecken indirekt auch wieder Unmengen an öffentlichen Geldern in den Häusern. Bei einer Modernisierungssumme von 1 Millionen DM macht diese Steuerersparnis ca. 400000 DM aus! Zu diesen Steuerersparnissen, die nicht bezahlt werden müssen, kommt noch die Möglichkeit, die Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen. Derzeit sind das 11% pro Jahr der Kosten. Ein Beispiel: 15000 DM Modernisierungskosten pro Wohnung werden so umgerechnet: 15000 x 11% : 12 Monate = 137,50 DM Mieterhöhung pro Wohnung und Monat. Nach spätestens 9 Jahren hat also der Vermieter allein durch die Mieterhöhung (!) die gesamten Modernisierungskosten wieder drin!! Danach ist die Mieterhöhung Reingewinn für den Hausbesitzer.

Bei der öffentlich geförderten Modernisierung sieht es so aus: Ein Hausbesitzer bekommt von der Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK) einen Zuschuß aus Steuergeldern für die Modernisierung seines Hauses. Zuschuß bedeutet übrigens, daß das Geld nicht zurückbezahlt werden muß. Die Miete ist für einen begrenzten Zeitraum nach der Modernisierung festgelegt - wenn dieser Zeitraum verstrichen ist, kann der Hausbesitzer die Miete beliebig heraufsetzen. Ein Beispiel: Modernisierungskosten 1,5 Millionen DM, zusammengesetzt aus 1,1 Millionen DM Steuergeldern von der WBK und 400000 DM Eigenmitteln; letztere können wieder von der Steuer abgesetzt bzw. abgeschrieben werden (s.o.). Liegt die Miete vor der Modernisierung unter 4,40 DM pro qm, wird sie danach auf diesen Betrag angehoben. Der Vermieter bekommt aber sofort 5,70 DM pro qm; die Differenz von 1,30 DM zahlt die WBK. Jedes Jahr wird die Miete um 20 Pfennig pro qm erhöht, bis zuletzt die Mieter und Mieterinnen die 5,70 DM alleine bezahlen (dies ist nach 7 Jahren der Fall).

Wie kann mensch angesichts dieser Mengen an Steuergeldern, die in den Häusern stecken, eigentlich noch von *"Hausbesitz"* einzelner Hausbesitzer oder Firmen reden? Die Häuser sind mit Steuermitteln und unserer Miete bezahlt - also gehören diese Häuser ***uns allen !*** Deswegen kann es nur ein Ziel geben: ***Die bedingungslose Enteignung aller Hausbesitzer!***

Modernisierung - Instandsetzung

Modernisierungen sind Maßnahmen, die entweder den Gebrauchswert der Ware Wohnung nachhaltig oder die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessern; sowie Energiesparmaßnahmen. Beispiele: Einbau einer Gasetagen- oder Zentralheizung; Isolierverglaste Fenster, wo vorher nur Einfachfenster waren; Fassadenwärmedämmung.

Instandsetzung bedeutet, daß Schäden oder Mängel im Haus oder in der Wohnung beseitigt werden, um die Wohnung wieder bewohnbar zu machen. Beispiele: Reparatur von Öfen, Wasser- oder Lichtleitungen. Auch das Auswechseln morscher Fenster gegen neue Einfachfenster oder der Austausch von Kastendoppelfenstern gegen isolierverglaste Fenster ist eine Instandhaltungsmaßnahme.

Diese Unterschiege sind wichtig, weil Vermieter häufig versuchen, ihre unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen als Modernisierung zu verkaufen, um damit Mieterhöhungen durchzusetzen. Seit 1985 werden übrigens Instandhaltungsmaßnahmen öffentlich gefördert. Wenn mensch noch bedenkt, daß in der Miete eine Instandhaltungspauschale enthalten ist, die eigentlich zweckgebunden benutzt werden soll .... Auch hier wieder doppelter Profit für den "Hauseigentümer".

Widerstand tut Not - denn vom Staat ist keine Hilfe zu erwarten. Der hat all die hausbesitzerfreundlichen Gesetze ja erst gemacht.



Wie können wir uns wehren ?

Der Vermieter ist verpflichtet, dem/der MieterIn alle Modernisierungsarbeiten 2 Monate vorher schriftlich anzukündigen. Es muß genau aufgeführt sein

> welche Arbeiten durchgeführt werden sollen
> wann damit angefangen wird
> wie lange die Arbeiten dauern werden
> ob der/die MieterIn in der Wohnung bleiben kann
> wie sich die spätere Mieterhöhung zusammensetzt
> ob die Modernisierung öffentlich gefördert wird.

Die Modernisierung braucht ***nicht geduldet*** zu werden, wenn

> keine wirksame Ankündigung vorliegt
> die Mieterhöhung untragbar ist
> bauliche Folgen (Grundrißänderungen) unzumutbar sind
> Arbeiten (Fenstereinbau, Heizung) im Winter stattfinden sollen
> die Arbeiten oder ein Umzug wegen Krankheit, hohem Alter, Schwangerschaft oder einer wichtigen Prüfung nicht zuzumuten ist.

Wir haben 2 Monate Zeit zu prüfen, ob einer dieser Punkte auf uns zutrifft.

Unterschreibt nichts; laßt keine Handwerker in die Wohnung! Dies wird als Zustimmung zur Modernisierung gedeutet - mit allen unangenehmen Folgen. Setzt Euch mit einer MieterInnenberatungsstelle in Verbindung und klärt, welche Möglichkeiten Ihr habt, die Modernisierung nicht dulden zu müssen. Setzt Euch mit Nachbarinnen und Nachbarn zusammen, denn gemeinsam fallen uns oft mehr Sachen ein und wir werden eher aus dem juristischem Kram schlau. Und keine Angst: Der Vermieter kann wegen einer Modernisierung grundsätzlich ***nicht*** kündigen. Nehmt Eure bescheidenen Rechte wahr, die "Hauseigentümer" haben es sowieso einfach genug. Machen wir ihnen also das Leben schwer.

Wir sind aber nicht grundsätzlich gegen Modernisierungen - sondern wir sind entschieden dagegen, daß aus unseren Bedürfnis nach Verbesserung unserer Wohnqualität einige Wenige ihre Bankkonten füllen.

Uns geht es um die ***Enteignung und Selbstverwaltung der Häuser***, wo die MieterInnen bestimmen, was in den Häusern passiert. Sie wissen nämlich selbst am besten, was gut für sie ist!

Der Weg dahin ist noch weit, was kein Grund sein sollte, in der jetzt vielleicht noch billigen Wohnung zu verharren und zu denken, *"was geht das alles mich an?"*

Eine starke MieterInnen-Bewegung

Um das Ziel der *bedingungslosen Enteignung* zu erreichen, brauchen wir eine ***starke MieterInnen-Bewegung***. Eine Bewegung, in der sich AusländerInnen und Deutsche gemeinsam gegen Rassismus wehren und in der die alltägliche Gewalt gegen Frauen nicht nur thematisiert, sondern auch angegangen wird. Das setzt das Engagement von allen voraus. Es sind anfangs kleine Schritte, wo wir mit Frau Hanke und Herrn Aksoy z.B. die Mieten vergleichen oder die Betriebskostenerhöhung prüfen. Wo wir auf neu Eingezogene zugehen und auch da die Mieten vergleichen. Wo wir uns auf Hoffesten oder Hausversammlungen zusammensetzen, um uns



erstmal besser kennenzulernen. Dann können wir uns gemeinsame Schritte gegen den "Hauseigentümer" überlegen, wenn z.B. eine Modernisierung ansteht oder wir eine Instandhaltung für nötig halten, zu der wir den Vermieter zwingen müssen.

Wir sollten unsere Erfahrungen mit anderen Hausgemeinschaften austauschen, um durch einen Zusammenschluß mehr Druck ausüben zu können. Daß dies Erfolg hat, zeigen die Bemühungen einzelner MieterInnen aus Häusern der Abschreibungsgesellschaft Grundtreu/AREAL.

Deswegen ist es auch wichtig, nicht nur Widerstand gegen den eigenen "Hausbesitzer" zu leisten, sondern sich ebenso um die Praktiken anderer Vermieter zu kümmern, beim Nachbarhaus oder im Kiez. Es kann nicht nur darum gehen, den individuellen Wunsch nach "schöner-wohnen" durchzusetzen, sondern auch für die einzutreten, die immernoch zu teuer wohnen oder die überhaupt keine Bleibe haben.

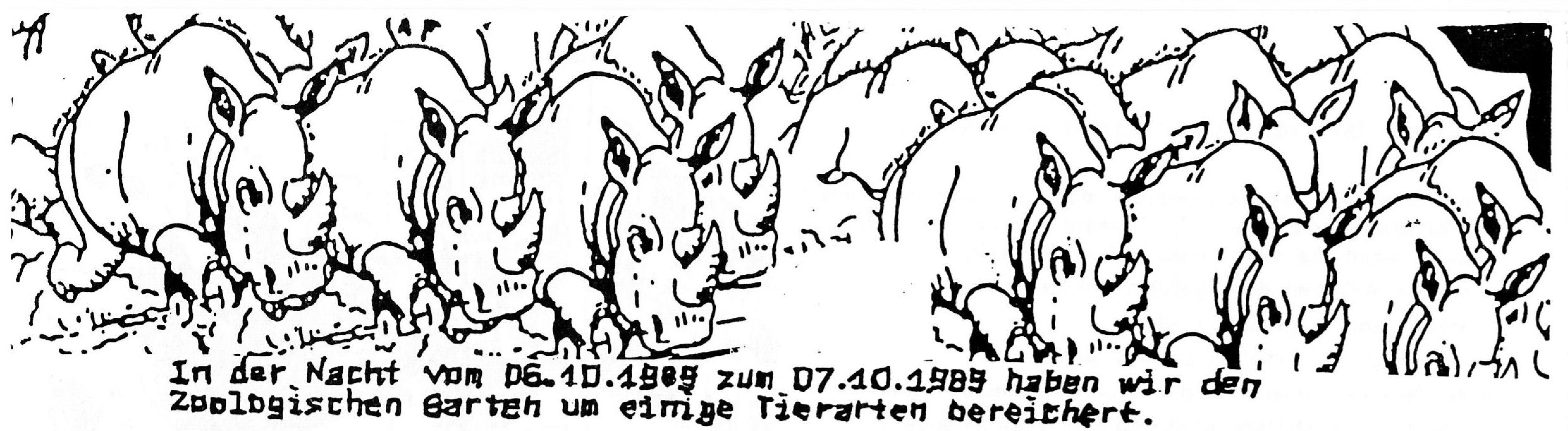
Deshalb gibt es im ***Stadtteilladen LUNTE*** seit längerem ***jeden 2. Mittwoch im Monat*** eine ***MieterInnen-Versammlung***. Dort wollen wir uns über die Praktiken einzelner "Hausbesitzer" austauschen und mehr noch über den Widerstand dagegen. Auf diesen *MieterInnen-Versammlungen* soll auch diskutiert werden, was wir gemeinsam machen können, um eine ***starke MieterInnen-Bewegung*** mit dem Ziel der *bedingungslosen Enteignung* aller "Hausbesitzer" aufbauen können. Wir wollen aber nicht nur diskutieren, sondern auch Aktionen planen, wie z.B. Aktionstage oder Kampagnen gegen Mietwucher und Spekulantentum.

Die nächste MieterInnen-Versammlung ist am

um 19 Uhr im Stadtteilladen LUNTE **Weisestr. 53, 1/44**

Anarchistisches Stadtteilkomitee

V.i.S.d.P. H. Witzka
Britzer Damm
1 Berlin 44



In der Nacht vom 06.10.1989 zum 07.10.1989 haben wir den Zoologischen Garten um einige Tierarten bereichert.

Wir überklebten einige Tiertafeln mit einschlägig bekannten Personen aus dem Wohnungsklauwesen, wie
- der Berliner Langlatschelster Wolfgang Nagel (Bausenator)
- die seelige Riedböckin (Senatorin für WissFor)
- den Jesse-Wildesel (Initiativen-Beauftragter im Bausenat)
- der Kreuzberger Hornisse Franziska Eichstätt-Bohlig (Kreuzberger Baustadträtin)
- das Klingbeilwildschwein (Spekulantenfirma)
- dem Saurier Spekulantis Henning von Harlessen
- und dem Eberhard Schulz Nandu (Spekulant)

Wir sind Frauen, die keinen Bock haben, den Machenschaften vom Senat und Spekulanten tatenlos zuzuschauen.

Die Wohnungsnot ist ein Problem aller. Für Frauen ist sie jedoch noch extremer, da sie bei der Wohnungssuche sexuellen Belästigungen bis Vergewaltigungen ausgesetzt sind. Zudem in der Regel benachteiligt sind, da sie nicht so hohe Verdienst= bescheinigungen vorweisen können.

Es ist für uns nicht akzeptabel, daß für tausende von Obdach= losen das Recht auf Wohnung nicht gewährleistet ist, dies sogar noch mutwillig verhindert wird, z.B. durch teuere Mieten, spekulativen Leerstand,Zwangsräumungen usw.
Stattdessen werden die Gelder für andere Dinge vergeudet, wie im Zoo für die Tierhaltung, damit diese dann als Arche-Noah Schauobjekte mißbraucht werden können.

WIR FORDERN:
- die Marianne
- die Ohlauer
- die Weserstr.
- die Biesenthaler
- die Podbielskiallee

PFOTEN WEG VON DER
- Nostizstr.
- Marchstr./Einsteinufer

- Lindenstr.
- Birkenstr.
- Wagenburg



Die dazugehörigen Überklebungsmuster sind in unserem allseits beliebten Ordner einzusehen

WOHNRAUM FÜR ALLE
und

WEG MIT DEM PATRIARCHAT SENAT UND ALLEN HERRSCHAFTSSTRUKTUREN

Die Schwarzfußindianerinnen

CITYFORMING UND EUROPÄISCHE VEREINHEITLICHUNG

Der folgende Text ist die Übersetzung eines Teiles eines in DE ZWARTE erschienenen Beitrages über die besetzte Tesselschadestraat 7 und 9. Wir fanden ihn deshalb wichtig, weil er verdeutlicht, das europäische Vereinheitlichung nicht an das Datum 92 und an Verträge zwischen Regierungen gebunden ist. Europäische Vereinheitlichung, daß sind die vielen kleinen und großen Entscheidungen der Stadtverwaltungen, Betriebe, multinationalen Konzerne und Regierungen, die in verschiedenen Regionen und Staaten die gleichen Ausbeutungs-, Kontroll- und unterdrückungsmechanismenschaffen wollen.
Cityforming - Stadtumstrukturierung - hat hierin eine wesentliche Bedeutung und ist zugleich der Bereich in dem wir am schärfsten mit der umfassenden kapitalistischen Umstrukturierung konfrontiert sind. Gerade soziale Bewegungen und Häuserkämpfe entwickeln ihre Stärke im Kampf um regionale Projekte. Und weil die Schweine das wissen, versuchen sie die Menschen zu vernebeln. Riesige Spektakel, immer öfter mit alternativen Nischen, sollen uns ihre Pläne schlucken lassen. Der Stadtumbau, der im Zuge von der Olympiade, der Weltausstellung (EXPO), der Bundesgartenschau und der Jubiläumsfeiern eingeleitet wird, zielt darauf ab, eine Konsumfreundliche Stadt für die, die knete haben zu schaffen, und die Armen und Unbequemen zu verdrängen, sie unsichtbar zu machen.
Cityforming ist aber auch ein Ansatz um einen phantasievollen und militanten Widerstand zu entwickeln, der die Pläne der Schweine verhindert und unsere Utopien ausdrückt. Der zusammen mit den vielen Unzufriedenen und mit dem alltäglichen Kampf der unterdrückten laufen kann. Ein Kampf indem wir der Konkurrenz der Städte unsere internationale Solidarität entgegensetzen. Und das ist eine der tollen Erfahrungen bei internationalen Treffen, Aktionen und Kongressen: ein lebendiger internationaler Austausch mobilisiert und inspiriert mehr als ein Zentner beschriebenes Papier, ohne diesesherabsetzen zu wollen.

Nun zu der Übersetzung, die sich mit den Folgen der europäischen Vereinheitlichung für die großen Städte in den Niederlanden auseinandersetzt.

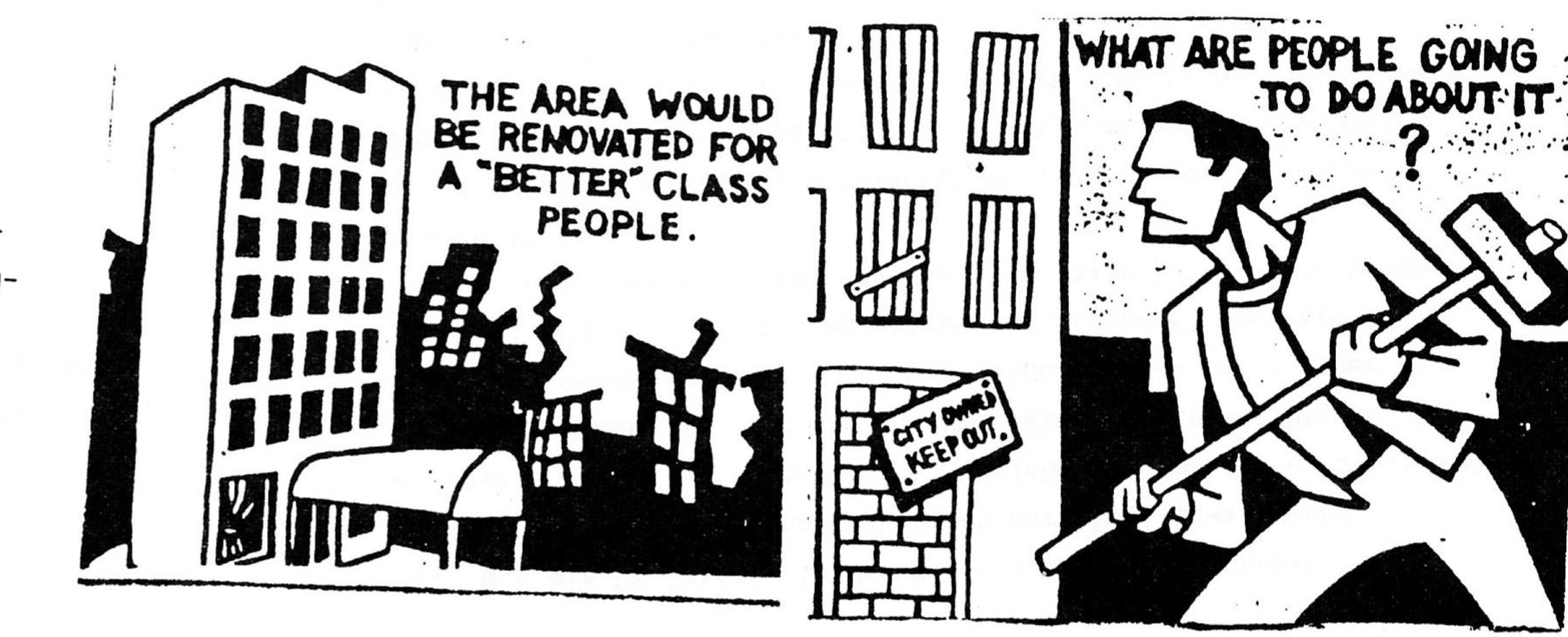
"... Wie die Großstädte in den Niederlanden ihre Zukunft sehen, wird anhand der positiven Reaktionen der Stadtverwaltungen auf den unlängst veröffentlichten Bericht der Montijn - Kommission deutlich. Diese ist eine vom Innenministerium eingerichtete Beratungskommission. Sie haben Empfehlungen hinsichtlich der Vorbereitung der vier großen Städte auf Europa 92 ausgearbeitet. Ihr eigentlicher Name ist Externe Kommission für Großstadtangelegenheiten.
Die Kommission wurde mit hochkarätigen leuten, vor allem aus dem Wirtschaftsleben besetzt. Z.B. Montijn selbst, (Ex - Shell-topmanager, jetzt bei Internatio - Müller) weiterhin der Direktor von Schiphol, J.W.Wegstaken, usw.
Die Umsetzung des Berichts verlangt die Schaffung von vier Superstädten, die die umliegenden Gemeinde und Kleinstädte aufsaugen. Dies, um eine starke Konkurrenzposition gegenüber anderen europäischen Städten aufzubauen.
Montijn - Kommission:
" Jetzt wo international die Karten neu verteilt werden, müssen die Niederlande vier Trümpfe auf der hand halten; mit Amsterdam als Finanz-, Kultur-, Touristik- und Flugverkehrszentrum, Rotterdam als Seehafen und internationales Handelszentrum, Den Haag als Regierungszentrum mit anschließenden (internationalen) geschäftlichen Dienstleistungen und Utrecht als Zentrum für nationale und internationale Dienstleistungen, als Messe- und Kongreßstadt."

Konkret gibt es für Amsterdam eine Reihe von Empfehlungen:
Die Schaffung von neuen Investitionsmöglichkeiten für kapitalkräftige Betriebe. Die Flächen in der Stadt, die dafür zusätzlich tauglich gemacht werden müssen, sind das westliche Hafengebiet und Amsterdam - Süd. Die Innenstadt betreffend wird an Spitzenstandorte entlang der IJ - Achse (von Slotterdigh bis Nieuw - ost) und der Südachse (von Südwest über RAI/Welthandelszentrum nach Shiphol) gedacht. Amsterdam müsse sich außerdem an der sgn. Shiphol Area Development Company beteiligen. Außerdem muß die Qualität der jetzigen Investitionsmöglichkeiten verbessert werden, die Investitonen in die Straßen- und Schieneninfrastruktur erhöht werden und die Stadt durch Investitionsanreize und Grundstücksvergabe zu günstigen Bedingungen attraktiver gemacht werden.

Das sind die Entwicklungen für die wir weichen müssen. Unsere Häuser machen die Städte nicht attraktiv für das Kapital. Die Antibesetzungspolitik der Stadtverwaltung ist dann auch in doppeltem Sinne als Säuberungskampagne zu sehen. Sie brauchen unsere Häuser um ihre cityforming - Pläne durchzusetzen.
Sie brauchen die Räumungen um den Investoren ein schönes, ruhiges Bild zu malen, von Amsterdam als einer Stadt in der es sich verweilen und Profit machen lässt, ohne zu viele Risiken einzugehen.

Außer der Vernichtung von Widerstandszentren hat die Repression unter niederländischen Verhälnissen auch noch andere Gesichter. Angst haben sie vor allem vor sozialen Unruhen, die im Gefolge von Arbeitslosigkeit, Verarmung und Wohnungslosigkeit entstehen können. Das sie etwas dagegen unternehmen, so zeigt es das folgende Zitat, zielt einzig darauf ab, daß sich die Menschen nicht gegen die kapitalistischen Umstrukturierungspläne auflehnen.
Montijn - Kommission:
"Die Steigerung von Einfluß (potenties) in einem internationalen Kontext muß (weiterhin) einhergehen mit der energischen Bekämpfung von sozialen Mißständen. Dieser Zusammenhang ist nicht unlöslich - es gibt Großstädte mit einer attraktiven Ausstrahlung in denen gleichzeitig massive Verarmung herrscht - aber unter den niederländischen Bedingungen wird die einseitige Betonung nur der positiven Möglichkeiten nicht hingenommen werden und auf längere Sicht kontraproduktiv wirken."
Der niederländische Sozialstaat darf also nicht völlig abgebaut werden, sondern soll seine Vernebelungs- und Befriedungsfunktionen behalten. Was daß für sie heißt, wird aus der Art wie sie über Langzeitarbeitslose reden deutlich.
In ihrem Bericht wird vorallem auf die Langzeitarbeitslosen eingegangen, die im Gefolge des Abbaus der traditionelle Industriezweige und des Baugewerbes entstanden sind und auf die Arbeitslosigkeit bei jugendlichen aus ethnischen Minderheiten. Die letzterenen sollen "durch Sprach- und Kulturprobleme im Rückstand sein und auch durch häusliche Spannungen und/oder persönliche Schwierigkeiten von der Marginalisierung bedroht sein".
Das bekannte 'blame the victim'(beschuldigen der Opfer) also, um ihre rassistische und ökonomische Ausbeutungspolitik zu verschleiern. Die Empfehlungen der Kommission zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind die Schaffung von:

" Langlaufende Zeitarbeitsplätze auf Gebieten, wo dringender gesellschaftlicher Bedarf besteht. Gesundheitsversorgung, Umwelt, Stadtreinigung, Unterhalt und Verwaltung von öffentlichen Räumen, Bewachungsdienste und so weiter."
Kurzum die Arbeitslosigkeit beseitigen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter Beibehaltung eines Minimallohnes, für den Aufbau ihrer Stadt, ihres europäischen Traumes. Die Weigerung hierbei mitzuspielen wird mit der Kürzung von Sozialleistungen bestraft.
Die Vorstellungen der Kommission wimmeln noch von größeren und kleinerer Empfehlungen:
Weiterbildungspflicht, arbeitsmarktgerechtere Ausbildungen und das zurückdrängen der 'Verwahrlohsung der physischen Umgebung' sin einige davon.
Global gesehen, läuft es darauf hinaus, den Druck hin auf ein in vorgegebenen Bahnen verlaufendes Leben zu erhöhen. Eines haben sie in ihren Plänen unterschätzt. Nämlich das wir, Menschen, die in den Städten leben, ihre Pläne nicht einfach hinnehmen und uns nicht so leicht etwas vormachen lassen. Für uns ist die Konsequenz aus ihren Plänen, daß wir uns noch besser organisieren wollen. Um noch entschlossener und konstruktiver eigene Vorstellungen von Leben und Kampf zu entwickeln, die Unterschiede die es zwischen uns gibt produktiv zu machen, als Basis für einen lebendigen und ansteckenden Widerstand. Dafür brauchen wir unsere Häuser.
Wir werden Widerstand gegen ihre Wolkenschlösser leisten und ihre Paläste stürmen. Und das zusammen mit allen die das wollen, die das mit uns wollen. Zusammen müssen wir ihre Pläne sabotieren. Und rechne darauf, daß wir bock drauf haben.



Gold für TUSMA

(Telefoniere Und Studenten Machen Alles)

40 Jahre "Selbsthilfeorganisation" TUSMA, "von Studenten, für Studenten", 40 Jahre Handlanger der Unternehmen durch "schnelle und unbürokratische" Vermittlung von Jobs im Bereich der ungeschützten Arbeitsverhältnisse, bei denen wir uns zu den miesesten Bedingungen verkaufen müssen.

SKLAVENHÄNDLER, WIR FEIERN NICHT MIT!!!

Jeden Morgen dreht sich das Job-Karussell bei der TUSMA. Bis zu 500 von uns versuchen ihr Glück, das Angebot entspricht nicht der Nachfrage, viele gehen leer aus. Lange unbezahlte Wartezeiten auf einen Scheiß-Job, vermittelt nach den Vorgaben der Arbeitgeber: niedrige Löhne, sexistische und rassistische "Qualifikationskriterien" .... Zeitraubendes Herumschlagen mit der zermürbenden, aufgeblasenen Bürokratie des TUSMA-Apparats.

ES KOTZT UNS AN!!!

Mit 18 000 eingeschriebenen JobberInnen ist der TUSMA e.V. größter Anbieter von Zeitarbeit in Berlin.
Vermittelt werden eintägige bis hin zu mehrmonatigen Jobs (über das angeschlossene Arbeitsamt), die meist ohne schriftliche Arbeitsverträge mit den Chefs zustande kommen. Die Beschäftigungsdauer ist in der Regel so kurz, daß kein Anspruch auf bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung entsteht. Diese fehlenden Rechtsansprüche sind typische Merkmale für ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse.

Selbst wenn wir uns im Sumpf des Arbeitsrechts soweit durchgekämpft haben, daß wir unsere Ansprüche kennen (wie z.B. Kündigungsschutz, Feiertagsgeld etc.), ist es schwer, sie durchzusetzen. Mit Unterstützung von TUSMA ist nicht zu rechnen, die wenigsten von uns wagen den Schritt vors Arbeitsgericht, wenn sie verarscht werden.

Wir sind nicht die immer abrufbereiten "netten Heinzelmännchen", die nur bei Produktionsengpässen oder in der Haupturlaubszeit einspringen, und wir arbeiten auch nicht zum Spaß. Die meisten von uns sind darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt über diese Scheißjobs zu verdienen, und das paßt nur zu gut in die Umstrukturierungs- und Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen!

Viele Betriebe entlassen immer mehr fest angestellte Vollzeitkräfte und ersetzen diese durch ungeschützte Beschäftigte. Leute, die über Sklavenhändler arbeiten, (Haus)-Frauen, flexible Arbeitskräfte, studentische JobberInnen... werden hierfür zunehmend verheizt. Die Kapitalistenschweine verdienen sich damit eine goldene Nase - der Profit wird durch Einsparung von Lohn(-Neben)Kosten und Produktionssteigerung erhöht. Der Druck auf ArbeitnehmerInnen wird verschärft, die Frage der Existenzsicherung bei befristeten ungeschützt Beschäftigten stellt sich immer wieder von Neuem und unterdrückt aufkommenden Widerstand gegen die miesen Arbeitsbedingungen. Die Spaltung der Belegschaft in eine kleinere Kernbelegschaft und eine rotierende JobberInnenschicht verhindert jeglichen Ansatz der betrieblichen Organisierung.

Der TUSMA e.V. begünstigt nicht nur diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, sondern treibt die Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen durch offensive Werbekampagnen ("schnell, kurzfristig, unbürokratisch) und die Übernahme "unangenehmer" Arbeitgeberpflichten wie Lohnsteuerberechnung oder Sanktionsmaßnahmen (Vermittlungssperre) etc. voran. Unterscheidet er sich auch von anderen Sklavenhändlern wie Adia, Constructa, Time-Power usw. durch den Titel "selbstverwalteter, gemeinnütziger Verein" oder die Höhe des Lohndiebstahls (2,5 % Vermittlungsgebühr), so bleibt die Funktion doch die gleiche: seit 40 Jahren Instrument des Kapitals zur Entgarantierung, Umstrukturierung und Neuzusammensetzung.

DANKESCHÖN!!!

Am Wochenende versucht der TUSMA e.V., sein fragwürdiges Jubiläum mit viel Tamtam zu begehen.

DAS LASSEN WIR UNS NICHT ENTGEHEN!!!

FR. 13.Okt. 22 Uhr in der alten TU-Mensa (pünktlich)

JOBBERINNEN ORGANISIEREN SICH!!!

treffen RADIKALE LINKE in westberlin 6. 9.

EINLEITUNG: astafu/prowo: bedürfnis nach gemeinsamer diskussion, angelehnt an bundesweite diskussion der radikalen linken; aber kein ableger , keine westberl. organisation des bundesweiten treffens. erstmal war die vorstellung von einem kongress hier in wb da, hat sich aber schon beim vorbereitungstreffen gezeigt, dass zu weit vorgegriffen ist; also erst eine diskussion auf "niederer ebene".
ein spannungspunkt ist einaml die westberliner erfahrungen mit dem rot-grünen senat, wollen wir daran langreden, wie wollen wir die themen des bundesweiten(bw) treffens aufgreifen; an eine n westberliner provinzialismus ist nicht gedacht.
die einladung zu dem treffen heute warBREIT, d.h. bis ins erneuerer-spektrum der sew, bis in die al; überlegung war, daß sich im diskussions prozess zeigen wird, was zwischen den unterschiedlichen gruppen geht und was nicht - hängt ja von politischen vorstellungen ab, wopraktische schritte dazugehören.
so wurde das erste trffen heute arbeitstreffen genannt, weil's umgemeinsame schritte geht, um keine veranstaltung, auch nicht vv in der szene.

BERICHT VOM BW-TREFFEN IN FFM +HH:
einer von den revolutionären sozialisten(rs) hat erzählt: in ffm hatten grüne, die frustriert waren von den grünen und da weg wollten, übergewicht. sonst noch aus autonomen-spektrum: linke liste ffm, atombüro m., ex-gefangene. es gab keine inhaltliche diskussion; autonome hatten mißtrauen, daß ziel dieser radikalen linken, der treffen eine parteigründung sei. es wurde geredet über das ebermann/trampert-papeir. ebrmann meinte, das papier sei die zusammenfassung der bisherigen diskussion. kristisiert wurde, daß die patriarchatsdisk. fehlt.
das papeir soll bis zum nächsten treffen, am 14./15. in n verbessert und erweitert vorliegen. außer zu patriarchat werden ergänzungsvorschläg von linke liste ffm, vom atom-büro m., den autonomen aus fffm gemacht. beim ersten treffen in hh traten ebermann/trapert an und meinten, daß sie mit ihrem politikmodell gescheitert seien, deshalb die vielen grünen; überhaupt seine alle ansätze gescheitert oder reichten nicht aus - weiß nicht, ob das von denen stammt. das gefühl zusammenzusein war ganz gut, jedes "falsche " wort wurde vermeiden.
es schien so als würde es am brief an die gefangenen von oli tolli zum eklat kommen, die darin zur teilnahme an der diskussion aufgefordert wurden. die (ex)-grünen hielten sich bedeckt, so kam es zu keiner spaltung oder tiefgreifenden spannungen.

die diskussion im folgenden verlief so, daß es erst so einzelne statements gab vor allem zu den einladungspapieren:

- es wurde gesagt, daß rot-grün keine veränderung zum cdu-fdp senat bedeutet, da die ja genauso häuser räumen; daß es nichts bringt sich an rot-grün abuarbeiten, daß es besser sei, sich an übergeordneten themen zu konzentrieren; den bundesweiten kongress vorbereiten;
darauf wurde geantwortet, daß über rot-grün diskutiert werden muss, weil rot-grün die handlungsfähigkeit lähmt; daß wir uns vergewissern müssen, was die bedingungen für radikale politik sind, wobei die radikale linke in der defensive ist. praktisch ist in dem einladungspapier an 2 punkten überlegt:
1. besetzungen; was ist nötig um so was durch zusetzen; zusammenarbeit zwischen besetzern und fortschrittlichen mietervereinen.
2. arbeitskampf; arbeitszeitverkürzung, 35 stunden woche; zusammenfassung der betrieblichen gruppen; diskussion mit links-gewerkschaftlichen kreiesen.

dazu: beide aspekte, eher theoretische wie analyse - ebermann/tramperpapier- und praktische arbeit mit einander verbineden, beide aspekte integrieren: theoretische probleme auf die praktische situation zuspitzen.

als kritik an denm einladungspapierer kam noch, daß der bereich iwf/ internationalismus völlig fehlen würde. daran könnte doch als einem übergeordnetem thema gemeinsam weiterdiskutiert werden.
dann noch:
das einladungspapier wcke iillusionen in den reformismus; der redner stellte sich als vertreter der 4.internationale vor; er schlug vor, eine aktionseinheit mit ausländer-innen, überhaupt zentrale kernpunkte zu schaffen. so eine aktionseinheit sei dei mobilisierung für das kommunale wahlrecht; so was sei sinnvoller als ein kongress.

nach diesem abtasten die frage: warum seit ihr hier, mit welcher erwartung, was macht das interesse an einer gemeinsamen diesk. aus?

diefrage war an die aufforderung geknüpft, daß sich jetzt die gruppen bzw. einzelpersonen vorstellen sollen; kein bock auf cshweigende runde. das kam von dem typ von netzwerk.

zu den einzelnen gruppen:
- el salvador- kommitee: interesse an internationalismusdisk., es gibt wohl in der ma-solidarität unterschiedliche postionen, hat sich gezeigt, daß weitergehende disk. nötig.

- anti atombüro: noch nichts diskutiert?

- kommitee gegen entlassungen von betriebsräten in der berliner süßwarenindustrie im berliner süden: sind für eine kämpferische gewerkschaft, gegen diese entlassungen eine neue, breite basis aufbauen; bezeichnen sich als radikal, fortschrittlich; weiß nicht mehr, ob die je grade mit gruppen aus anderen bereichen dikutieren wollten. das kommitee gegen entlassungen bei bosch/siemens war an so einer schwerpunktbildung interessiert. fragte, was so ein kongress für handlun[illegible]pektiven aufwerfe [illegible]

ads: gehoren zu den sew-erneuerern; sie wußen gar nicht, ob sie mit der einladung gemeint waren; stellte in frage, ob der rot-grüne senat nicht doch ein vorteil sei bzw. gewisse vorteile mit sich bringe.

ea: zu der sache mit der oraganisierung nach bereichen/schwerpunktbildung; das sei doch schon die bereichstreffen bei der al gescheitert.

sew-kreuzberg: viele neue fragen, diskussion um ein sozialistisches gesellschaftsmodell von irgendwas abtrennen (?)

graswurzel-anarchist : solche diskussionen wie heir gibt es alle 15-20 jahre und es wird dann von einer neuen disk. gesprochen; aber der kreis der anwesenden sei viel zu eng, so bewegt sich nichts.

rote hilfe: interesse groß wegen erfolglosigkeit der radilalen linken in den letzten jahren;erfahrung hs, noch viel zu beschränkt.

ökosozialisten: wollen keine auseinandersetzung um rot-grün; das läßt linke inhalte draußen; von einem kongress nicht begeistert, weil das die eigen hilflosigkeit nur eine etage höher befördert; wollen widerstand gegen stromtrasse organisieren, diskutieren da aber nur in den eigenen reihen; stellen sich dei frage, wie sie in der gruppe überhaupt weiter machen sollen; sagten, es sei egal so wie sie selbst sind, ob sie in der al drin sind oder nicht; sind also drin, wurden deshalb a bisserl angemacht.

ötv-gruppe an der tu, die auch antifa-arbeit machen - vorallem tutoren glaub ich: sprachen sich für kongress aus.

siggi fries(HdB):
35 st. woche gut bei spd/al aufgehoben; schlug statt kongress - bei der al grüne wird das immer gemacht + ist ja sichtbar, wohin das führt -arbeitsforum vor, so ein wochenende diskussion, ohne cracks einzuladen; die disk. sollte besser übergreifend geführt werden, von allen zusammen und nicht jeder bereich für sich.

linke liste tu: durch den binnenmarkt machen wir bei jeglicher politik eine eg-weite , europ. politik; dieses faktum mehr mit der eigeenen realität zusammenbringen, umstrukturierung an der uni.(

die grenzen fallen. vo daher besser bereichsübergreifend zu diskutieren; ziel müsse se sein, es so richtig knallen zu lassen hier in der stadt, sich nicht an al/spd orientieren.

aus der sich anschließenden diskussion standen sich unterschiedliche positionen gegenüber:
der allgemin festgestellten krise der linken widersprachen vertreter aus autonomen zusammenhängen.
autonom politik hat in den letzten jahren erfolgreich polilarisiert; die politik der autonomen ist nicht in der defensive, die form sich zu organisieren hat sich eher durchgesetzt.
am 1. mai sind mehr diskussionen gelaufen als an allen kongressen zusammengenommen.
das ebermann/trampert papier und die laufende diskussion zur(um) "radikalen linken" kann ein katalysator für eine neue parteigründung sein.
das scheitern von grünnen/al /sew/dkp kann nicht die grundlage der diskussion sein.
die k-gruppen wurden kritisiert, sie hätten außschließlich ein instrumentelles verhältnis zur gewalt.
da kam die frage: was gibt es sonst für ein anderes verhältnis als ein instrumentelles?

weiter wurde von autonomer seite mißtrauen gegen so ein treffen wie das hier geäußert; die leute hier sind auf keiner vv, keiner 1.mai vorbereitung; das sind vielleicht viele coole leute, aber praktische organisierung hat viel mit militanz zu tun. die autonomen haben dabei praktische erfolge erziehlt; auch wenn das kleine schritte sind.
dazu wurde gesagt, bezugnehmend auf das ebrmann/tramert papier, daß autonome positionen fragwürdig seien, daß die auch einiges über bord werfen müßten.

damit war die frage angeschnitten, wie sich menschen organisieren, wie das gehen kann; flucht in den kongress ist keine antwort; geht es mit rot-grün bergab; so ein zusammenhang wie hheute ist lange nicht zustande gekommen.

wie kannn da, jetzt weitergehen?
siggi fries: nochmal treffen mit fundierter grundlage; gruppen sollen was vorbereiten, an thesen dikutiert werden.

el-salv.-kom.: treffen in ffm/hh abgeoben und elitär. kein vorbild.

ea: selbstorganisierte diskussion wie kiezpalaver, volxküche; was sind unsere erfahrungen?

es ging jetzt drum wie weiter, wie soll ein nächstes treffen organisiert werden. klar war es muss besser vorbereitet sein.

prowo/asta fu schicken zur einladung zu einem neuen treffen papiere rum; am besten macht jede gruppe, jeder zusammenhang, jede einzelperson einen vorschlag,

wie sie sich die weitere diskussion vorstellen, über was sie diskutieren wollen.
allgemein gefaßt sind das die fragen nach organisierung/ organisationsformen der "radikalen linken"; die erfolge / mißerfolge, der durchsetzungsfähigkeit/ nichtdurchsetzungsfähigkeit.

oder etwas konkreter:

- wie stehen sew/dkp und autonome zueinander, was ist der gegen satz?
- wo läuft die trennungslinie zwischen revolutionär und reformistisch?
- ist die raf gescheitert, wie ist die ntwicklung der raf gelaufen?
- wie ist das mit der begrenztheit autonomer politik?
- wie stehen gewerkschaftlich organisierte zu jobber-innen?
- wie kann ien struktur von auseinandersetzung aussehen, an welchen inhalten?

am 28.9. ist da nächste vorbereitungstreffen
am 20.10 das nächste große trefffen; es wird in gleicher weidse dazu eingeladen

Beratung über die Perspektiven unter dem SPD/AL-Senat

Arbeitstreffen „Radikale Linke" im Mehringhof

(DW-er). Auf Einladung des AStA FU fand am vergangenen Donnerstag im Mehringhof das seit längerem geplante Treffen „Radikale Linke" statt, an dem Vertreter/-innen mehrerer linker Organisationen und Gruppen teilnahmen. Bereits Ende Juli hatten sich Vertreter/-innen ProWo, AStA FU, Linke Liste TU, e Säge, Ermittlungsausschuß, Rote Hilfe, Netzwerk und KB getroffen.

Anlaß war der Vorschlag des AStA FU, in diesem Herbst in Westberlin einen Kongreß durchzuführen, auf dem die Möglichkeiten linker, radikaler Politik in der Stadt unter der Bedingung des SPD/AL-Senats diskutiert werden sollen.

Dabei sollten einerseits Kontinuitäten und Veränderungen in der Regierungspolitik analysiert werden und andererseits gemeinsame Handlungsfähigkeit zumindest in einigen Fragen (z. B. Wohnen/Mieten, Besetzungen) entwikkelt werden. In der Debatte stellte sich dann heraus, daß es nötig ist, stärker als bisher die Diskussionen verschiedener linker Strömungen aufeinander zu beziehen und diese verstärkt gemeinsam zu führen. Es ging auch um die Frage, inwie it es im gegenwärtigen Stadium dara kommt, eine gemeinsame Praxis in der Stadt zu entwickeln, oder ob vorrangig zunächst theoretischer Erklärungsbedarf besteht. Deshalb wurde vereinbart, einen größeren Kreis von Gruppen und Organisationen zu eben diesen Arbeitstreffen am vergangenen Donnerstag einzuladen. Es kamen neben Vertreter/-innen der genannten Gruppen auch Kollegen/-innen von Solidaritätskomitees (z. B. gegen Entlassungen von Gewerkschaftern der Süßwarenindustrie, gegen Entlassungen von Arbeiter/-innen im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk u. a.). Auch Vertreter/-innen von AL und SEW nahmen an der Diskussion teil.

Zur Vorbereitung war ein Papier der Wochenzeitung ProWo mit konkreten Vorschlägen sowie Artikel von Georg Fülberth und Karl Heinz Roth, die in „Konkret" bzw. „Arbeiterkampf" veröffentlicht wurden und die sich mit den zukünftigen Perspektiven und Aufgaben der radikalen Linken befassen, an die Teilnehmer verteilt worden.

In der Diskussion wurden die Teilnehmer/-innen über die Ergebnisse ähnlicher Arbeitsberatungen in Hamburg und Frankfurt a. M. informiert. Daraufhin stellten sich die Vertreter/-innen der teilnehmenden Gruppen vor und legten insbesondere die Erwartungen der Gruppen und Organisationen an derartigen Treffen dar. Inhaltlich wurden die Themen angesprochen, die auch in den Arbeitspapieren als Diskussionsvorschläge angegeben waren. Konkret wurde über die Vorbereitung eines bundesweiten Kongresses diskutiert, der im Mai 1990 stattfinden soll. Im ProWo-Papier wurde hierzu der Vorschlag gemacht, Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorzubereiten:

1. Haftbedingungen/Hungerstreik
2. Bauen/Mieten/Wohnen
3. Arbeit/Betriebe/Wirtschaft
4. Frauen
5. Immigranten-/-innen- und Flüchtlingspolitik/Antifa

Dieser Vorschlag wurde in der Diskussion positiv aufgegriffen und angeregt, sofort die Arbeitgruppen unter Beteiligung der betroffenen Organisationen zu bilden und arbeiten zu lassen, worüber an dem Tage aber nicht mehr entschieden wurde. Die Teilnehmer/-innen nahmen auch Stellung zu den vorgeschlagenen Schwerpunktthemen Bau/Mieten/Wohnen/Besetzungen und zur Intervention in den Erwerbsarbeitszeitkampf 1990. Dabei wurden insbesondere zum letzten Punkt die Bereitschaft bekundet, Anfang 1990 beim erneuten Versuch der IG Metall und IG Medien zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in dieser Auseinandersetzung mit folgender inhaltlicher Stoßrichtung zu intervenieren: tägliche Arbeitszeitverkürzung (sieben Stunden oder weniger) bei vollen Lohn- und Personalausgleich verbunden mit der Forderung nach entsprechenden Kontrollrechten für Betriebsräte, Durchsetzung der Quotierung bei der Einstellung von Frauen, Verhinderung von Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie Aussperrungsverbot.

Am Schluß der Beratung wurde vereinbart, Ende Oktober solle erneut eine ganztägige Beratung stattfinden. Zu diesem Termin wird eine Vorbereitungsgruppe entsprechende Themenvorschläge erarbeiten. Auf dieser Arbeitsberatung soll dann auch über die Bildung von Arbeitsgruppen endgültig entschieden werden. Die geplanten Vorhaben wurden von nahezu allen beteiligten linken Strömungen begrüßt. Auch die SEW, so ihr Vertreter am Donnerstag abend, begrüßte den so begonnenen Dialog innerhalb der Linken und sieht hier eine Chance für zukünftiges gemeinsames Vorgehen. Sie wird sich auch weiterhin an der Diskussion beteiligen.

DW 09./10.09.1989, S. 3



Thesen zu Erfolg und Mißerfolg der radikalen Linken

Das Kriterium, woran wir Erfolg zu messen haben, ist der Sturz des Kapitals - dazu braucht es Massen. Dem Ziel, diese dafür zu gewinnen, sind wir nicht erkennbar nähergekommen.
Die Ursachen dafür sind in erster Linie objektiver, in zweiter subjektiver Natur.

Objektiv:

1. Der Imperialismus erzeugt seine Widersprüche selbst und zwar zwangsläufig, insbesondere Verelendung und Überproduktion.
   Erst der Kriseneinbruch kann Massen dazu bringen, für seinen Sturz ihr Leben zu riskieren.

2. Die Massen in der BRD und West-Berlin sind bisher zu keiner Revolution gezwungen, daher auch nicht zu revolutionärer Organisation und Theorie. Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

3. Staut sich ein Fluß durch Erdrutsch und man will, daß er in ein neues Tal abfließt, muß man an der richtigen Stelle wühlen. Wühlt man nicht oder falsch oder zu langsam, bahnt er sich wieder sein altes Bett oder ergießt sich anderswohin.
   Steigt der Wasserspiegel aber ungenügend, so bleibt das Abfließen in die gewünschte Richtung trotz allen Wühlens unmöglich.
   (nicht von Mao)

Subjektiv

4. Die "Neue Linke" kam aus der Studentenbewegung. Davon sind noch heute Teile der Linken in ihrer Herangehensweise geprägt.

5. Weil die Intelligenz sozialistisch geworden war (jedenfalls meinte sie das von sich), die Massen aber nicht, stellte sich das Vermittlungsproblem: "Wie bringe ich die vielgeliebte Arbeiterklasse in Bewegung?"

6. Die Intelligenz verallgemeinerte ihre eigene Erkenntnisweise (Motto: Wie kann man sich die Welt schöner, gerechter, vernünftiger vorstellen?).
   Dementsprechend versuchte sie durch Propagierung von Modellen und Vorbildern die Massen zu überzeugen. Diese Vorgehenweise ist idealistisch (und deshalb unmarxistisch).

7. Ganze Organisationen und "kommunistische" Parteien gründeten auf der Absicht, ihr jeweiliges Modell an den Mann zu bringen. Dazu wurden vergangene Stadien der kommunistischen Bewegung oder die Zustände in verschiedenen gelobten Ländern zum Ideal

erhoben, die man sich bis zur Tauglichkeit zurechtlügen mußte. Das ging bis zum Nachvollziehen der außenpolitischen Schwenks der jeweiligen Vorbilder.

8. Die Erfolglosigkeit führte zur Ausdünnung der Mitgliedschaft. Das Eindringen von Klassenkampferfahrungen mußte diese Organisationen zersetzen, weil die Wirklichkeit sich nicht nach ihren Modellen verhielt. Manche brachte erst die Umkrempelung ihrer Vorbildländer außer Fassung.

9. Sofern die Beteiligten politische Konsequenzen zogen, bewegten sie sich meist vom Kommunismus weg: sie lieben heute die "Demokratie", wollen sich auf Reformen beschränken ect.;
   z.T. erklären sie den Kommunismus für gescheitert, weil er sich nicht als Modell verkaufen ließ, und suchen sich massenwirksamere Modelle und "realistischere", z.B. ökologische.
   Immer geht es ihnen darum, große Politik zu machen, öffentlich gehört zu werden, gesellschaftlich gestaltenden Einfluß auszuüben - bei der jetzigen Lage bedeutet das Anpassung.
   Damit müssen wir brechen.

10. Revolutionäre müssen an den Widersprüchen, die der Kapitalismus selbst erzeugt, und in den sich daraus ergebenden Bewegungen praktisch den Lernprozess fördern, daß der Sturz des Kapitals not tut - und so Grundlagen für eine wirkliche Organisierung schaffen. Organisationsgesteuerte Kampagnenpolitik kann keine Bewegung hervorbringen.

11. Die gegenwärtigen Aufgaben bestehen daher in
    - praktischer Zusammenarbeit bei Aktivitäten
    - Beratung und Kritik
    - Analyse politischer Entwicklungen
    - theoretischer Reflexion

12. Revolutionäre schaffen sich keine Organisationsform, die ihren aktuellen Aufgaben nicht entspricht.

AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG
FÜR
IN- & AUSLÄNDISCHE GEFANGENE
DER TEILANSTALT III DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT-TEGEL/
ANSPRECHPARTNER: Wolfgang Rybinski

SEIDELSTRASSE 39/TA III
100 0 BERLIN 27

OFFENER BRIEF

Tegel,den 06.Oktober 1989

Aufruf

zu einer 2.Pressekonferenz der Gefangenen der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt-Tegel/Berlin:

Die AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG für in- & ausländische GEfangene in der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt-Tegel ruft zu einer zweiten Pressekonferenz alle Medien dieser Stadt auf, und um konkrete Vorschläge zur Realisierung des Resozialisierungsprogrammes im Berliner Strafvollzug zu machen und damit das nachzuholen,was bei der 1.Pressekonferenz am 01.September 1989 von den Tegeler Insassenvertretungen versäumt worden ist.

Unsere Vorschläge sind breit gefächert.
Nach unserer Meinung der AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG -für in- & ausländische Gefangene-der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt-Tegel ist es notwendig,sich mit der auseinanderzusetzen,da sie eindrucksvoll belegt,wie STRAFVOLLZUGSWIRKLICHKEIT aussieht und auch selbst Ausdruck dieses menschenunwürdigen "VERWAHRLOSVOLLZUG" ist.

Und in Übereinstimmung mit NAUKE stellt LÜDERSSEN fest:
" Ein Verstoß gegen ein Grundrecht kann ferner gegeben sein,wenn die Maßnahme,die gegenüber dem Beschuldigten,Anklagten oder Verurteilten als geeignet erscheint,ihn von der Begehung weiterer Interessenverletzung abzuhalten,sich darstellt als ein Mißbrauch seiner Person zur Erreichung gesellschaftlicher Befriedigung.

"... Die Atmosphäre ist deprimierend:
der Anstaltsalltag,das Reglement,die engen Zellen.
Hier muß jeder anstumpfen,verkümmern... Innerhalb der Mauern noch einmal gefangen im FREUND-FEIND Schema.

Auch die Gebote der Vernuft?...
Nur selten wird bedacht,daß eine Strafe über einigen Jahren hinaus sinnlos ist,weil sie zur Deformation der Persönlichkeit führt-von Resozialisierung kann da nicht mehr die Rede sein.

Die Masse verhält sich konsequent, Solchermaßen vorprogrammiert, ruft sie nach Rache. Es ist diese fatale Mischung aus Selbstgerechtigkeit und pharisäerhaftem Dünkel,dieses Denken in alttestamentarischen Kategorien von Schuld und Sühne:
gerecht = gerächt.

"Mit dem Urteil ist für den Richter der Fall erledigt. Für den Verurteilten beginn jetzt die lange Haftstrafe in einen totalen verwahrlosen Verwahrvollzuges die auch lebenslänglich Rache der Justizgesellschaft".

Er wird zwangsweise in einen Organismus verpflanzt,in dem alle die Fehler,die für seine Dissozialität ursächlich waren, in verstärktem Maße noch einmal wiederholt werden:
Verletzung der Selbstachtung;Entiehung von Liebe,Anerkennung und menschlichem Kontakt;Entwöhnung von jeder Selbstverantwortlichkeit ... Die einzige Rechtfertigung der Racheinstinkte derer,die glauben daß sie bessere Menschen sind.

Vielmehr geht es uns um die Bekämpfung der Ursachen,aus denen dis - soziales Verhalten und Kriminalität überhaupt entsteht...

"Achtung und Schutz der Menschenwürde gehören zu den Konstitutions- prinzipien des Grundgesetzes.
Die freie menschliche Persönlichkeit und ihre Würde stellen den höchsten Rechtswert innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung dar(...)
Der Staatsanwalt ist in allen ihren Erscheinungsformen die Verpflichtung auferlegt,die Würde des Menschen zu achten(auch einen Straftäter, in seiner Haftzeit) zu schützen.

Es widerspricht daher der menschlichen Würde,den Menschen zum bloßen Objekt im Staate zu machen (...) Der Satz'der Mensch muß immer Zweck an sich bleiben' gilt uneingeschränkt für alle Recht gebiete;denn die un - verlierbare Würde des Menschen als Person besteht gerade darin,daß er a selbstverantwortliche Persönlichkeit anerkannt bleibt.

"Besonders erschwerend wirkt sich bei den Gefangenen der Verzicht auf vertraute Personen aus,um jegliche Art von nicht verbaler Kommunikation, sondern auch um von nicht-verbale Kommunikation.
Isolation und Trennung von sehr nahe stehenden Menschen,wie Eltern,Ehefrau,Lebensgefährtin,Freundin,Freund bedeuten Mangel und Verzicht,die kaum anderweitig sinnvoll kompensiert werden können,so daß bereits durc dieses Alleingelassensein Veränderungen in der Persönlichkeitsstruktur auftreten.

Durch diese Trennung wird jede nicht-verbale Kommunikation (wie zum Bei spiel Blickkontakte,Berührung,Streicheln,Sexualkontakt)entscheiden verhindert. Der nicht-verbale Dialog ist die Lerngrundlage sozialen Verhaltens...
Wird dem Menschen der nicht-verbal Kontakt vorenthalten,so wird er zu einer leeren Hülse,geistig tot und Anwärter auf ständige Anstaltsbetreuung. Ein Mensch kann nicht wirkungsvoller zerstört werden,wenn ihm die beiden Formen der Komunikation vorenthalten werden.

Solche Worte sind vielen noch ungewohnt. Aber sie sind wahr.
Man muß sich nur die Mühe machen,das Problem vorurteilsfrei, ehrlich, kosequent und gründlich zu durchdenken.

Dieses ganze Strafsystem,das so selbstverständlich und unentbehrlich zu sein scheint,ist ein unrühmliches Relik vergangener Epochen,einer aufgeklärten Gesellschaft unwürdig,überholt wie Sklaverei und Hexenverbrenn ungen früherer Tage ,die zu ihrer Zeit zum Schutz der Gesellschaft und zur Erhaltung des Staates ebenso "unverzichtbar" waren wie heute die Gefängnisse.

Wenn man jetzt noch bedenkt,daß die Justiz im Land-Berlin jährlich durc Ausbeutung der Arbeitskräfte der Gefangenen 10-20 Millionen im REINGEWI erzielt,so ist es kein Wunder,daß man garnicht interessiert ist,die Rüc fallquote bei Gefangenen niedrig zuhalten würde man sich dadurch doch i eigene Fleisch schneiden!!!!!.........

Die Knastlöhne sollten aber auch denen'draussen'angeglichen werden, wodurch den Gefangenen die Möglichkeit gegeben wird ,ihre Familien 'draussen'mit zu unterstützen,bzw. zu ernähren.
Dadurch wird soziales absteigen müssen der Familienangehörigen verhindert. Auch können eigene Schulden der Gefangenen abgetragen werden Schulden,die sonst eines Tages dazu führen,daß man nicht mehr ein und aus weiß und wieder straffällig wird,um zu Geld zu kommen,weil man ke ne andere alternative Möglichkeit sieht.

Es geht uns aber auch darum,einmal in der Öffentlichkeit über eine ge wisse berüchtigte Abteilung in diesem VERWAHRVOLLZUG in der Teilansta III der Justizvollzugsanstalt-Tegel/Berlin zu sprechen,die der Ab - schaffung bedarf,will man diesen unhaltbaren VERWAHRVOLLZUG menschlic gestalten.
Es befindet sich in der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt-Teg /Berlin eine einem Hundezwinger ähnelnde (Absonderung)Abteilung ,die

'Stube und Küche'

genannt wird.
Hier sperrt man Menschen wie Tiere ein und ignoriert völlig den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Leitsatz:

'DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR'

Was man in diesem Hundezwinger mit Menschen macht,würde bestimmt die Öffentlichkeit in Berlin interessieren.Und es würde diese bestimmt auc interessieren,wer hierfür verantwortlich ist,wobei die berechtigte Frage aufkommen würde, wieso man es zulässt,daß die Verantwortlichen dafür,so z.B. der Anstaltsleiter Lange-Lehgut und der Teilanstaltslei- ter Müller sowie die Gruppenleiter (Sozialarbeiter) Trötschel und Wolf aus der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt -Tegel/Berlin bis heute Schlüsselpositionen im Vollzug innehaben konnten und unter ihrer Regie Repressalien und sonstige faschistische Behandlungsmethoden Gang und Gäbe sind.

An dieser zweiten Pressekonferenz sollten im Gegensatz zur ersten unseren Meinung nach alle Gefangenen der Teilanstalt III der Justiz- vollzugsanstalt-Tegel/Berlin in den hiesigen Kultursaal teilnehmen, damit jedem an Ort und Stelle ein Mitspracherecht eingeräumt werden kann,wobei wir darauf hinweisen daß bei der ersten Pressekonferenz die sogenannten Gefangenen-Insassenvertretungen sich von den Gefangenen ab gesondert hatten und im Alleingang- nicht danach fragend,ob das im In- teresse aller war oder nicht handelten.

Die AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG der Teilanstalt III der Justizvoll - zugsanstalt-Tegel/Berlin regt an,daß alle Medien sich an die SENATS - VERWALTUNG FÜR JUSTIZ wenden und diesen unseren AUFRUF unterstützen und sich nicht abweisen lassen,sollte man seitens des SENATS der Sache ablehnend gegenüberstehen-.

Auch würden wir es begrüßen,wenn die Pressekonferenz,zu der wir alle BERLINER GEWERKSCHAFTEN,ÄRZTE,RECHTSANWÄLTE,JURISTEN(RICHTER,STAATS- ANWÄLTEN) und Vertreter aus allen BEVÖLKERUNGSSCHICHTEN einladen.

Wir werden uns noch selbst an Frau Professor Dr. Jutta Limbach wenden und dieses unser Anliegen vortragen und um ihre Zustimmung bitten des- gleichen auch an die hiesige Strafvollzugsanstaltsleitung.

Wir betonen noch einmal ,daß es unser Ziel ist,dem rot-grünen SENAT hier in Berlin dabei zu helfen,einen fortschrittlichen,humanen Straf- vollzug zu schaffen.
Wir begrüßen jegliche Hilfe,so klein auch immer sie sein möge, jegliches Engagement von Bürger dieser Stadt-Berlin,vom Arbeiter angefangen über den Juristen und bedanken uns im voraus.

Die
AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG
FÜR
IN- & AUSLÄNDISCHE GEFANGENE

Hoch die internationale Solidarität

Veranstaltungen

volxKüche Video Infos

INFO- und DISKUSSIONSVERANSTALTUNG FILM VOLXKÜCHE

Berlin ist grösser, als Kreuzberg 36!

zu 1969-1989: 20 Jahre Krieg im Norden Irlands

Keine Auslieferung von Gerry Hanratty

Video "OFF OUR KNEES" (neuer Video über die 20-jährige Geschichte des Massenwiderstandes im besetzten Norden Irlands, von B.Mc Aliskey in dt.Übersetzung)
BEITRÄGE zur Situation und zum Düsseldorfer Prozeß gegen die beiden irischen politischen Gefangenen in der BRD.
außerdem DISKUSSION:-zur aktuellen Situation
-über die westeurppaweite Vereinheitlichung der Repression

"in der nacht vom 30.auf den 31.8.88 wurden in der nähe von aachen zwei iren festgenommen, terence gerry mc geough(30) und gerard thomas hanratty(30) wurden einen tag später von der generalbundesanwaltschaft(gba) beschuldigt, an sämtlichen aktionen der ira (irish republican army) gegen britisches militär in der brd, den niederlanden und belgien beteiligt gewesen zu sein.
der prozeß gegen die beiden soll im november 1989 vor dem oberlandesgericht in düsseldorf beginnen.
für gerry hanratty hat die britische regierung im februar d.j. ein auslieferungsbegehren gestellt....
seit anfang juni wird dieser antrag auf seine zulässigkeit geprüft, und aller voraussicht nach wird ihm staatgegeben.das bedeutet, daß gerard hanratty jederzeit ausgeliefert werden kann(!)........(prowo nullnummer 4)"

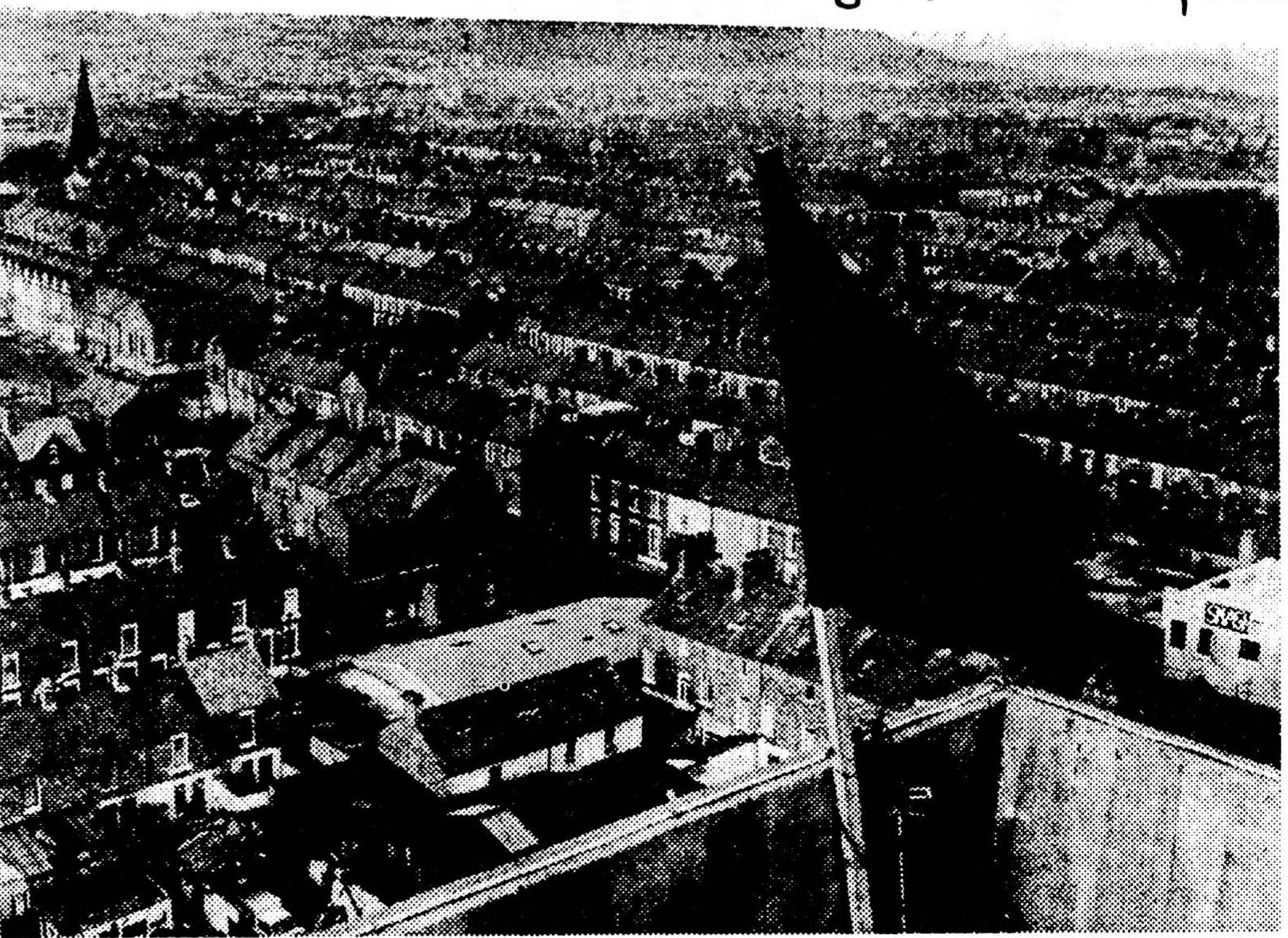
über ein verhalten zu dem prozeß wollen wir auf der veranstaltung ebenso reden, wie über möglichkeiten der verhinderung der abschiebung von gerry hanratty.

also dann, INFOCAFE VAMOS, marchstr.23, U-ernst reuter platz, 17.10.89 19.30 uhr.
(erlöß der kiezküche für die beiden gefangenen)

die gleiche veranstaltung findet auch am 19.10.89 im STEPS, großbeerenstr., statt.

Gegen ein Europa der Bonzen u. Multinationalen

INFOCAFE **Vamos** Marchstr. 23
tgl. 16-18 Uhr, Frei ♀-tag



Bis zu 80% Arbeitslosigkeit — Turf Lodge, ein katholisches Arbeiterviertel in Belfast

Foto: Network

Aufruf

Sonderausgabe der

Irland Solidarität Gießen
Nord Irland Gruppe Freiburg
Irland Solidaritätsgruppe Göttingen
Autonome antiimperialistische Irlandgruppe Westberlin

Ende August 1988 wurden an der niederländisch-bundesdeutschen Grenze in der Nähe von Aachen zwei Iren,Gerard Hanratty und Gerard McGeough,in einem Auto verhaftet.Etwa neun Monate später präsentierte die Bundesanwaltschaft ihre umfangreiche Anklageschrift.Darin wird den beiden unter anderem die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf eine britische Kaserne 1988 in Duisburg,unerlaubter Waffenbesitz,Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz un Gerard McGeough darüberhinaus die Beteiligung an einem Anschlag auf ein Offizierskasino der britischen Rhein-Armee in Rheindahlen bei Mönchengladbach 1987 vorgeworfen.
Die beiden Gefangenen wurden von Anfang an getrennt und waren anfangs mehrere Monate in totaler Isolation.Sie haben jetzt beide die Möglichkeit an Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen,sind aber aufgrund von Sprachschwierigkeiten weiterhin weitgehend in Isolation.

Beide wurden mit jeweils besonderen Entwicklungen nach ihrer Verhaftung konfrontiert,die ihre Situation hier weiter verschärften.

Bei Gerard Hanratty wurde Anfang 1989 von britischen Behörden ein Auslieferungsantrag gestellt,was für ihn die erneute Verurteilung vor einem nord-irischen Gericht und damit automatisch eine langjährige Haftstrafe bedeuten würde;eine Haftstrafe,die er in dem berüchtigten Hochsicherheitsgefängnis Long-Kesh absitzen müßte,in dem er schon einmal lange Jahre gefoltert wurde.

Im Zusammenhang der Festnahme von Gerard McGeough wurden in einer schwedischen Wohnung nach zwei Hausdurchsuchungen vertrauliche Papiere in großem Umfang sichergestellt,die sich zum Großteil angeblich auf einen Asylantrag aus den Jahren 1983/84 beziehen und auf moralisch und juristisch bedenklichen Wegen an die britischen,niederländischen,belgischen und bundesdeutschen Behörden gelangten,wo sie die Grundlage für die Anklage der Bundesanwaltschaft bilden.

Dieser Aufruf soll die Situation der beiden Gefangenen in der Öffentlichkeit bekannt machen,die Besonderheiten jedes einzelnen der beiden Fälle deutlich machen und zur Beteiligung an den einzelnen Kampagnen aufrufen.In beiden Fällen muß Druck auf die bundesdeutschen bzw. schwedischen Behörden ausgeübt werden,um die drohende Auslieferung von Gerard Hanratty und die Einführung der sog. "schwedischen Papiere" in den Prozeß gegen Gerard McGeough zu verhindern.

Auslieferungsantrag Britanniens

Im Februar 1989 hat die britische Regierung einen Auslieferungsantrag für Gerard Hanratty gestellt, der im von Britannien besetzten Norden Irlands gesucht wird. Seit Anfang Juni wird dieser Antrag auf seine Zulässigkeit geprüft, und aller Voraussicht nach wird ihm stattgegeben. Das bedeutet, daß Gerry Hanratty jederzeit ausgeliefert werden kann, wahrscheinlich erst nach dem Prozeß in Düsseldorf. Dann können alle Ermittlungsergebnisse in einem anderen laufenden Verfahren gegen ihn im besetzten Norden Irlands verwendet werden. Als offizielle Begründung für den Auslieferungsantrag dient folgender Vorfall: Im August 1984 wurde Gerard Hanratty in Belfast in einem Auto festgenommen, in dem angeblich Waffen und Masken gefunden wurden. Ein Jahr lang war er deshalb in U-Haft, wurde jedoch auf Kaution entlassen und erschien dann nicht mehr vor Gericht. Die Anklage dort lautet "Waffenbesitz mit Tötungsabsicht".

Untersuchungshaft im besetzten Norden Irlands: Verhöre und Folter

Eine Auslieferung von Gerard Hanratty in den besetzten Norden Irlands bedeutet zwar, daß er dann nicht mehr dem bundesdeutschen Isolationshaftsystem ausgesetzt ist. Das Justiz- und Knastsystem im besetzten Norden Irlands arbeitet jedoch mit nicht weniger brutalen Methoden: weniger die "weiße" Isolationsfolter, als vielmehr physische Folter, wie wir sie eher aus Ländern wie der Türkei, Südafrika oder El Salvador kennen, zeichnen dieses System aus.

Gerard Hanratty's erste Station nach einer Auslieferung wäre das Untersuchungsgefängnis Crumlin Road in Belfast. Durchschnittlich 60 Untersuchungsgefangene sind hier inhaftiert. Gefangene, die neu eintreffen, werden sofort isoliert und von den Wärtern eingeschüchtert und geschlagen. Bei polizeilichen Verhören werden Festgenommene ebenfalls brutal mißhandelt, um Aussagen und Geständnisse zu erzwingen; zwischen 1976 und 1979 basierten 95% aller Verurteilungen auf solchen gewaltsam erzwungenen "Geständissen" der Angeklagten. Mehrere Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international haben Britannien angeklagt, Personen in Polizeigewahrsam zusammengeschlagen und mißhandelt zu haben. Britannien ist zuletzt 1987 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg für schuldig befunden worden, die Rechte von Festgenommenen in eklatanter Weise verletzt zu haben.

Diese Folterungen und Mißhandlungen von Gefangenen in Untersuchungshaft und bei Verhören sind im besetzten Norden Irlands an der Tagesordnung. Sie zielen darauf ab, neue und möglicherweise unerfahrene Gefangene in ihrer menschlichen und politischen Identität zu brechen.

Justiz als Waffe

Gleichzeitig wird Gerard Hanratty mit der nordirischen Gerichtsbarkeit konfrontiert. Wie jedes andere bürgerliche Justizsystem versucht auch das britische sich als "unparteilich, neutral und gerecht" zu präsentieren. Dessen Hauptfunktion, die Unterdrückung der republikanischen Bewegung, läßt sich jedoch kaum verbergen. Ohne Notstandsgesetze, wie die heute geltenden "Emergency Provisions Act" und das "Prevention of Terrorism Act", wäre der koloniale Staat Nordirland schon bald nach seiner Gründung 1921 weggefegt worden.

Um eine reibungslose Verurteilung wie am Fließband zu garantieren, wurden 1973 die Geschworenen innerhalb des Gerichtsverfahrens abgeschafft. Seitdem sitzt einem solchen "Diplock Gericht" ein einziger Richter vor, der speziell wegen seiner Loyalität gegenüber britischer Herrschaft in Nordirland und seiner rassistischen und reaktionären Haltung gegenüber der nationalistischen Bevölkerung für diesen Posten ausgewählt wurde.
Ein bloßer Verdacht und die Zugehörigkeit zur nationalistischen Bevölkerung reichen, um die Angeklagten auf jeden Fall verurteilen zu können. Beweise spielen in solchen Strafverfahren keine Rolle.

Ende 1988 hat sich der britische Staat ein neues Instrument geschaffen, um den Widerstand gegen die britische Herrschaft wirkungsvoller bekämpfen zu können. Zu diesem Zeitpunkt ist das Recht auf Aussageverweigerung, das zu den elementarsten Rechten von Angeklagten gehört, abgeschafft worden. Laut Gesetz kann das Schweigen von Angeklagten im Urteil mit berücksichtigt werden; in der Praxis heißt das, daß wer schweigt, auch verurteilt wird, weil das Schweigen als Schuldeingeständnis gewertet wird.

geständnis gewertet wird.

An dieses juristische System soll Gerard Hanratty ausgeliefert werden.

Die Gefängnissituation im besetzten Norden Irlands

Die H-Blöcke von Long Kesh sind im Rahmen der Kriminalisierungsstrategie entstanden. In ihnen werden z.Z. ca. 350 republikanische Männer gefangen gehalten. Waren bis 1976 die politischen Gefangenen in Wellblechhütten gesperrt, in denen sie relativ unkontrolliert eigene kollektive Strukturen wie z.B. politische Bildungsveranstaltungen oder Unterricht in der irischen Sprache aufbauen konnten, so wurde allen nach März 1976 Verurteilten der "Special Category Status", eine Art Kriegsgefangenenstatus, entzogen. Wie "normale Kriminelle" wurden sie in Einzelzellen gesperrt. Ihre Möglichkeiten des Zusammenkommens und der Kommunikation wurden drastisch beschnitten.

Gegen diese Situation kämpften sie ab 1977 in einem "blanket" und später in einem "no-wash protest" (Decken- und Schmutzstreik) an. Das Leben in den Zellen war mehr als unerträglich; jahrelang nackt, nur eine Decke gegen die Kälte, kein Waschen, die Exkremente an den Wänden, ein bestialischer Gestank. Nur nach langen, harten Kämpfen, besonders nach dem Hungerstreik von 1980 und dem von 1981, der mit dem Tod von zehn Gefangenen endete, machte die Gefängnisleitung einige Konzessionen, die britische Regierung hielt aber an der Verweigerung des politischen Status fest. Die Gefangenen eines H-Block-Flügels haben regelmäßig Umschluß; sie können gemeinsame Schulungen und Fernstudien machen, ihre eigene Kleidung tragen und Familienbesuche haben. Doch dieser Zustand muß ständig verteidigt werden, gegen Versuche der Gefängnisleitung, willkürlich Briefe oder Bücher zu zensieren oder BesucherInnen einzuschüchtern. Auch geht der Kampf um freie Kommunikation mit anderen Gefangenen weiter. Im Sommer 1988 fanden mehrere kleinere Aktionen statt, um ein freies Zusammenkommen mit Gefangenen aus anderen "H-Flügeln" durchzusetzen.

Die Situation in anderen nordirischen Gefängnissen ist für die Gefangenen z.T. sogar lebensgefährlich. Die ca. 50 republikanischen Männer im Magilligan-Gefängnis werden gezwungen, mit loyalistischen Gefangenen zusammen zu leben. Dies ist für die Gefangenen eine Situation auf Leben und Tod. Bei den zahlreichen Kämpfen zwischen Republikanern und Loyalisten in Magilligan, bei denen sogar Bomben und Schußwaffen verwendet wurden, gab es bereits Schwerverletzte.

In Maghaberry, dem neuesten und modernsten Gefängnis im besetzten Norden Irlands, sitzen zwölf republikanische Frauen ein. Für die Lebenslänglichen dort gilt das gleiche wie für ihre männlichen Genossen in Long Kesh. Die für die Frauen traumatischste Mißhandlung und Erniedrigung ist das "strip searching", die Nacktdurchsuchung. Offiziell mit der "Sicherheit und Ordnung" der Anstalt begründet, stellt strip searching eine kalkulierte Foltertechnik dar. Die Verwundbarkeit der Frauen wird bei dieser auch körperlich brutalen Prozedur ausgenutzt; alleine, nackt und isoliert sind sie mit vier bis fünf Wärterinnen konfrontiert. Wenn eine Gefangene das Ausziehen ihrer Kleidung verweigert oder ihr Tampon bzw. ihre Binde nicht abnehmen will, wird sie zu Boden geworfen und mit Gewalt nackt ausgezogen.

Die Gefängnissituation, die wir oben geschildert haben, erwartet Gerard Hanratty, wenn er nach einer Auslieferung an die britische Justiz verurteilt werden sollte.

Vereinheitlichung der Auslieferungsgesetze

Mit dem "Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus", das 1977 von der BRD in den Europarat eingebracht wurde, wird hauptsächlich der Auslieferungsschutz bei politisch motivierten Taten beseitigt. Pauschal wird ein Katalog von fünf "Straftatsbeständen" als an sich "terroristisch" und daher nicht politisch festgeschrieben.
"Traditionell ist die Auslieferung nur in Fällen des gemeinen Rechts vorgesehen; im Unterschied dazu wird sie auf die politischen Tatbestandsgruppen nicht angewandt. Die von dem Projekt vorgestellte Lösung besteht darin, faktisch diese zweite Kategorie von Tatbestandsgruppen zu unterdrücken. (...) Präzise die Vermischung von Politik und gemeinem Recht ist eine typische Manifestation totalitärer Systeme. Dieses Übereinkommen internationalisiert die Doktrin der inneren Sicherheit. Es ist ein Reflex des Europa, das sich abzeichnet und schon existiert. Eine Internationale der Repression organisiert sich im europäischen Rahmen." (Gerard Soulier: Das Ende des politischen Delikts - welches Europa zeichnet sich ab? In: Le Monde Diplomatique, 12.11.76).

Diese "Terrorismuskonvention" war nur das erste Vorhaben in einer langen Reihe von Gesetzen und Abkommen zur Vereinheitlichung der Repression in Westeuropa.

1976 wird besonders auf Drängen der BRD die Arbeitsgruppe "TREVI" (das halbjährliche Treffen der Innen- und Justizminister der EG Staaten) eingerichtet, die die polizeiliche Zusammenarbeit der EG Staaten, die Vereinheitlichung auf den Gebieten von Informationsaustausch, Polizeiausrüstung, Technologie, Ausbildung usw. koordiniert.

Mit dem Schengener Abkommen 1985, an dem die BRD, Frankreich und die Beneluxstaaten beteiligt sind, wird ein Teil der für 1992 geplanten Konzepte bereits Realität: grenzüberschreitende gemeinsame Fahndung, Vereinheitlichung der Auslieferungspraxis, der Rechtshilfe und des Datenaustausches.

Daß dies noch längst nicht alles ist, sondern eine Fülle von weitergehenden Plänen bereits in den maßgeblichen Schubladen liegt, beweisen unter anderem die immer lauter werdenden "Wünsche" von Regierungsstellen. Eine westeuropäische Rechts- und Fahndungsunion, uneingeschränkte Auslieferung, die Einrichtung eines westeuropäischen BKA, nach Möglichkeit in Wiesbaden, sowie die Einführung eines § 129a in allen EG-Staaten halten sie in einem Westeuropa nach 1992 für unverzichtbar.

Vor diesm Hintergrund muß sowohl der Prozeß hier gegen die beiden Gerards, ebenso der gegen die Kurdinnen und Kurden, als auch die geplante Auslieferung Gerard Hanrattys an Britannien gesehen werden. Beides bezeugt die Absicht der BRD, ihre Vorreiterrolle bzgl. Repressionsstrategien auch weiterhin zu behalten. Mit den Prozessen sollen erstmalig Befreiungsbewegungen anderer Länder hier abgeurteilt werden; mit der Auslieferung Gerard Hanrattys in den besetzten Norden Irlands soll das Abstreiten jeglicher politischer Verfolgung in den Staaten der EG festeschrieben werden. Damit soll ein Maßstab für zukünftige Fälle gesetzt werden.

Keine Auslieferung von Gerard Hanratty!

Verhör und Folter, eine hohe Haftstrafe vor einem rassistischen "Diplock-Gericht" und eine lange Gefangenschaft im Gefängnis von Long Kesh - diese Konsequenzen hätte wahrscheinlich eine Auslieferung in den besetzten Norden Irlands für Gerard Hanratty. Im europäischen Zusammenhang hieße eine reibungslose Auslieferung einen weiteren Schritt hin zur westeuropäischen Vereinheitlichung der Repressionsstrategien. Beides muß verhindert werden!

Kontakt über Irland Solidarität Gießen,c/o Info-Laden,
Südanlage 20,6300 Gießen

Wir möchten alle Menschen bitten,diese Kampagne und die Gefangenen Gerard McGeough und Gerard Hanratty auch finanziell zu unterstützen.
Spenden bitte auf folgendes Konto:
Elisabeth Palm,Kto.Nr.343439,Bezirkssparkasse Gießen,
BLZ 513 500 25,Stichwort "Ireland 32"

SPENDENAUFRUF!

Der anstehende Prozeß kostet viel Geld.
Deshalb Spendenkonto für Übersetzer- und Verteidigerkosten:
Frank Gallagher, Konto-Nr. 165190
Volksbank Rödermark BLZ 508 644 21

Vertrauliche Papiere als "Beweismittel"

Kopien von angeblichen Flüchtlingsprotokollen und anderen Unterlagen, die vermutlich den Asylantrag von Gerard McGeough aus den Jahren 1983/84 betreffen, wurden von Schweden an die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Diese Papiere sollen als Beweismittel im Verfahren gegen ihn benutzt werden, um seine angebliche Beteiligung an IRA Aktivitäten in West-Europa 1987/88 zu belegen.

Die Hausdurchsuchungen in Schweden

Der Hintergrund für diesen Fall sieht folgendermaßen aus: 1988 wurde die Wohnung in Malmö, in der Gerard McGeough bis 1987 lebte, zweimal durchsucht. Obwohl die Wohnung beim ersten Mal von oben bis unten durchsucht wurde, wurden die fraglichen Papiere erst beim zweiten Mal "gefunden" und beschlagnahmt. Es wird wohl immer ein Geheimnis bleiben, warum die Papiere nicht während der ersten Durchsuchung "entdeckt" wurden. Die Durchsuchungen wurden auf Verlangen des belgischen Untersuchungsrichters in Brügge durchgeführt, der wegen der Erschiessung eines britischen Soldaten in Ostende 1988 ermittelte. Eine der Waffen, die in dem Auto gefunden wurden, in dem Gerard McGeough und sein Landsmann Gerard Hanratty bei ihrer Festnahme saßen, wird für die Waffe gehalten, die bei dem Angriff auf den britischen Soldaten benutzt wurde. Der Richter in Brügge versuchte angeblich herauszufinden, ob Gerard McGeough sich in Schweden aufgehalten hat, nachdem sein Asylantrag 1987 abgelehnt wurde. Es ist nicht bekannt, ob während der Durchsuchungen irgendetwas gefunden wurde, was daraufhin deuten würde.

Die Weitergabe der Papiere

Im Januar 1989 wurde dann entschieden, daß die angeblichen Asylpapiere, Kleidungsstücke und persönliche Aufzeichnungen, die während der zweiten Durchsuchung beschlagnahmt wurden, an die belgische Polizei weitergeleitet werden.

Das schwedische Recht verlangt, daß sämtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit der Übergabe von beschlagnahmten Gegenständen an Behörden eines anderen Landes zuerst von dem örtlichen Bezirksgericht (in diesem Fall des Malmö Tingsrätt) getroffen werden. Dann müssen diese Entscheidungen vom Vorsitzenden der schwedischen Anklagebehörde bestätigt werden und endgültig wird dann von der Regierung selbst grünes Licht gegeben (hier durch die Unterschrift der Justizministerin Laila Freivals).

Im schwedischen Recht (Datenschutzgesetz,Kap.7, § 14) gibt es Auflagen, die die Weitergabe von beschlagnahmtem Material von einer Polizei an eine andere betreffen. Dieses Gesetz besagt, daß schwedische Behörden keine Informationen über nicht-schwedische Bürger weitergeben dürfen, wenn diese Personen Gefahr laufen ungerecht behandelt zu werden oder andere ernste Konsequenzen zu befürchten haben, falls diese Informationen bekannt werden.

Allerdings existieren auch im schwedischen "Datenschutzgesetz" die allzu bekannten "übergeordneten Interessen", die in bestimmten Fällen für bedeutender erklärt werden können. In Gerard McGeoughs Fall wurden eindeutig alle Erwägungen von möglicher ungerechter Behandlung oder ernsten Konsequenzen vom Tisch gewischt und den sog. "übergeordneten Interessen" der Vorrang gegeben - die Papiere wurden ausgehändigt.

Kaum waren die Papiere der belgischen Polizei übergeben worden, landeten auch schon Kopien bei den britischen, niederländischen und den bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden.

Bedeutung und Konsequenzen der Weitergabe

Laut Gerard McGeoughs Anwalt beruht die Anklage im kommenden Prozeß gegen ihn in der BRD zu 90 % auf Informationen aus diesen angeblichen Asylpapieren, in denen Gerard McGeough angeblich seine Geschichte in der republikanischen Bewegung Irlands beschreibt. Er selbst hat allerdings immer wieder betont, er habe keine Ahnung, was das für Papiere seien, noch wem sie gehörten.

Hier wird deutlich, daß die bundesdeutschen Behörden alle Kleinigkeiten zusammenkratzen müssen, um "handfeste Beweise" für die Vorwürfe gegen Gerard McGeough und seinen Landsmann Gerard Hanratty präsentieren zu können.

Daß angebliche Unterlagen aus einem Asylantrag, der 1983/84 in dem einen Land gestellt wurde, in einem anderen Land dazu benutzt werden, Vorwürfe wegen Vergehen aus dem Jahren 1987/88 zu beweisen, läßt den juristischen Wert des ganzen an sich zweifelhaft erscheinen.

Aber weitaus empörender und erschreckender ist die augenscheinliche Leichtigkeit, mit der mutmaßliche Asylunterlagen ihren Weg von Schweden in mehrere Länder Mittel-Europas machen können.

Es scheint, daß weder die Polizei, noch Gerichte und auch nicht verschiedene Regierungsabteilungen irgendwelche Skrupel haben, streng vertrauliche Papiere, wie diese mutmaßlichen Asylunterlagen, herumzureichen. Selbst Lena Berke vom schwedischen Justizministerium, die an der Bearbeitung des Falles beteiligt war, erklärte, daß die Regierung möglicherweise gar nicht wußte, daß sich Kopien von vermutlichen Asylpapieren unter dem beschlagnahmten Material befanden. Weiter meinte sie, selbst wenn die Regierung es gewußt hätte, würde sie das nicht allzu ernst nehmen,denn das übergeordnete Interesse sei der Kampf der Polizei gegen das Verbrechen. Das sei schließlich wichtiger. "Diese Papiere wurden in seiner Wohnung gefunden und nicht von der Einwanderungsbehörde herausgegeben. Man kann von der Polizei nicht erwarten, alle Unterlagen durchzusehen, damit sie feststellt, ob sich irgendetwas darunter befindet, was dem Mann schaden könnte," sagte sie der schwedischen Zeitung "Arbetaren".

Die Weitergabe der sog. "schwedischen Papiere" demonstriert die totale Mißachtung der Prinzipien der Vertraulichkeit, die Asylpapieren rechtlich zusteht. Sie stellt eine Verletzung der Rechte von asylsuchenden Menschen auf vertrauliche Behandlung ihrer Unterlagen dar. Was hier passiert ist, ist eine Täuschung des Vertrauen asylsuchender Menschen, das sie notwendigerweise in die Behörden des Staates setzen, der ihnen die Möglichkeit bietet, um politisches Asyl zu ersuchen.

Gerard McGeough selbst schreibt dazu:
"Ich glaube mit all meiner Überzeugung, daß für Asylpapiere und andere Flüchtlingsunterlagen die Regeln größter Vertraulichkeit gelten. Es gibt Millionen unsicherer, verängstigter Flüchtlinge aus aller Welt, die Asyl und Schutz vor despotischen und tyrannischen Regimen suchen; hunderttausende davon sind nach Europa geflüchtet, zehntausende nach Schweden. Von ihren persönlichen Akten, ihren Asylpapieren und der Diskretion und Vertraulichkeit, mit der diese behandelt werden, hängt oft genug ihr nacktes Leben ab.

Wenn ersteinmal, und um diese Frage scheint es hier zu gehen, ein Präzedenzfall geschaffen worden ist und vermutlich vertrauliche Akten (geheime Weise und die unakzeptierbarsten Methoden beschafft wurden) als "Beweis" vor Gericht verwendet werden, ist das Schicksal von Millionen hilflosen, angsterfüllten Menschen besiegelt. Ihre Schreie nach Hilfe und Schutz vor Verfolgung werden dann benutzt, um sie in die Hände ihrer Folterer zu geben."

Soweit wir wissen, ist dies der erste Fall seiner Art. Wieviel andere Asylunterlagen werden von heute an auf solch skrupellose und unverfrorene Art und Weise zwischen Polizeikräften Europas und weltweit herumgereicht?

Nach diesem Fall kann sich kein asylsuchender Mensch noch irgendwo sicher fühlen. Asylsuchende Menschen werden aus der Angst heraus, ihre Papiere könnten an Behörden anderer Länder weitergeleitet werden, gezwungen, möglicherweise notwendige und wichtige Informationen zu verschweigen.

DIE SCHWEDISCHEN PAPIERE MÜSSEN SOFORT ALS BEWEISMITTEL ZURÜCKGEZOGEN WERDEN !

Wir rufen alle Menschen auf, sich an der internationalen Protestbriefkampagne an den schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson zu beteiligen, um die Aktivitäten der schwedischen Behörden und Regierungsabteilungen anzuklagen.
Um die Rechte der politischen Flüchtlinge zu verteidigen, müssen die "schwedischen Papiere" zurückgezogen werden.

Neuer Haftbefehl gegen Fritz Storim

Solidarität ist unsere Waffe

Im Juli 1989 erließ das Amtsgericht Itzehoe auf Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl gegen Fritz Storim. Dieser Haftbefehl wurde ihm am 10. August im Untersuchungsgefängnis Hamburg zugestellt, in dem Fritz nach einem 129a-Verfahren seit Ende Mai in Isolationshaft „sitzt". Mit dem neuen Haftbefehl wird Fritz der „Mittäterschaft" an der Herbeiführung eines Sprengstoffvergehens nach § 311 StGB bezichtigt. Konkret soll er laut Haftbefehl am 28.4.84 mit anderen (Unbekannten) einen Sprengstoffanschlag begangen haben, indem an drei Pfeilern eines Strommastes in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf eine Sprengladung angebracht und der Mast mit Hilfe dieser umgelegt wurde.

Der Vorwurf stützt sich auf eine obskure Indizienkonstruktion: Als Zündzeitverzögerer soll ein bestimmter Schaltplan verwendet worden sein, der nahezu identisch sei mit einer im „Handbuch zur Selbsthilfe, Ergänzung 1. Oktober 86" abgebildeten Schaltung. Handbuch und Ergänzung waren im Sommer 87 bei einer Hausdurchsuchung in Fritz' Wohnung beschlagnahmt worden, bei einer weiteren Durchsuchung im Dezember 87 war ein Carbonschreibmaschinenband mitgenommen worden. Und die Auswertung dieses Bandes soll ergeben haben, daß die Ergänzung auf einer Schreibmaschine in Fritz' Wohnung getippt worden sei.

Um dieses Konstrukt „glaubwürdiger" erscheinen zu lassen, wird Fritz in dem Haftbefehl weiter vorgeworfen, über beträchtliches Fachwissen zu verfügen, da er ja Doktor der Physik sei und durch seine Lehrertätigkeit praktische Erfahrung in den Bereichen hätte. Besonderes Gewicht wird auf die Tatsache gelegt, daß Fritz bekanntermaßen ein entschiedener AKW-Gegner sei.

Zur Situation von Fritz

Nach einem zweieinhalbmonatigen 129a-Prozeß vor dem Oberlandesgericht Hamburg war Fritz am 17. Januar 89 zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Vorwurf: Er sei für die Dokumentation zweier Beiträge zur „Zusammenlegung der politischen Gefangenen" in der Hamburger Info-Sammlung Sabot mitverantwortlich und habe damit die terroristische Vereinigung RAF unterstützt. Gegen diesen Gesinnungsprozeß entwickelte sich breite Mobilisierung von den Autonomen bis hin zu JournalistInnen und sozialdemokratischen JuristInnen. Polizeiketten vor dem Gerichtsgebäude, Aussperrung der Öffentlichkeit, Räumungen des Gerichtssaals, Knüppeleinsatz und zahlreiche Festnahmen gaben den polizeistaatlichen Rahmen. „Noch nie seit Bestehen der BRD", lamentierte der Vorsitzende Richter Bürrig, „ist in Hamburg ein Gericht so unter Druck gesetzt worden." Dennoch gelang es nicht, die Verurteilung zu verhindern. Fritz trat die Haftstrafe nicht an, wurde am 31. Mai in einer Blitzaktion von sieben Zivilfahndern in Hamburg-St. Pauli festgenommen.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig, und die Entscheidung über Zulassung der Revision steht in Kürze an. Fritz befindet sich seither in Einzelhaft, Isolationshaftbedingungen bestimmen seinen Knastalltag im Hamburger Untersuchungsgefängnis (siehe Kasten). Er fordert die Aufhebung seiner Sonderhaftbedingungen, freie Kommunikation mit anderen Gefangenen, medizinische Betreuung durch einen Arzt seiner Wahl, Zusammenkommen mit Luitgard Hornstein, einer Gefangenen aus dem Düsseldorfer Widerstand, die ebenfalls im Hamburger UG „sitzt".

Politischer Angriff auf den Widerstand

Nach dem gleichen Muster wie z.B. in der Anklage gegen Ulla Penselin und in dem Prozeß gegen Ingrid Strobl basteln sie auch mit dem neuen Haftbefehl gegen Fritz ein Täterbild aus Gesinnung, politischen Zielen und vermeintlich logischer Indizienkette zusammen. Wie schon bei dem 129a-Verfahren gegen ihn wird auch hier aus Fachwissen, Bildungsstand, Berufspraxis und System-Gegnerschaft eine „Täterpersönlichkeit" von Fritz gezeichnet, die eine Verurteilung schon im Vorwege öffentlich rechtfertigen soll.

Fritz und andere werden herausgegriffen, um den gesamten Widerstand gegen die zerstörerische Kapitalverwertung, wie sie z.B. im Atomprogramm deutlich wird, anzugreifen, zu treffen und einzuschüchtern.

Brokdorf — Symbol für den AKW-Widerstand

Wir dokumentieren auf Seite 2 die Erklärung zum Anschlag auf den Strommast von Brokdorf, weil sie die Stimmung und Bestimmung des militanten Widerstandes zum damaligen Zeitpunkt wiedergibt und genau diese Bestimmung auch heute noch gilt: die Legitimität selbstbestimmten Widerstandes gegen menschenverachtende Projekte und die Politik dieses Staates.

Daß Widerstand gegen die Atomenergie und den Staat, der sie ermöglicht und den Rahmen schafft, berechtigt und notwendig ist, zeigt, daß sich sämtliche Argumente der Anti-AKW-Bewegung gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen geschichtlich bewahrheitet haben:

- Es gibt keinen „Normalbetrieb" (dauernde Störfälle und größere Unfälle in allen AKWs).
- Es gibt genügend Alternativen zur Energieproduktion.
- Atomstrom ist der teuerste, selbst wenn die „sozialen Folgekosten" (Krebstote etc.) noch gar nicht eingehen.
- Die sichere Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufes und der verantwortungsbewußte Umgang damit ist durch den Hanau-Krimi (Nukem/Alkem, Transporte) widerlegt.
- Die Wiederaufbereitung ist großtechnisch nicht machbar, dennoch wird aufbereitet in La Hague und Sellafield — unter einem immens hohen Preis von Menschenleben und Verseuchung der Region und der Weltmeere.
- Die Endlagerung hoch radioaktiven Mülls (Brennstä-

be usw.) ist nicht möglich.

- Die angeblich unwahrscheinlichen katastrophalen Unfälle sind leider eingetreten: Harrisburg – teilweise Kernschmelze, Tschernobyl. Das ganze Ausmaß an ökologischen Folgen und Krebstoten wird sich erst nach Jahren abzeichnen (Hiroshima, Nagasaki).
- Ihre Annahme vom „größen anzunehmenden Unfall" (GAU) ist eine Lüge. Denn GAU geht davon aus, daß es nicht zur Kernschmelze kommt.

Es zeigte sich, daß die Ausrichtung des Widerstandes auf Klagen, Massenproteste, Großdemos und Bauplatzbesetzungen allein nicht ausreichen würde, den Druck zu schaffen, AKWs zu verhindern. Dem standen der Durchsetzungswille von Staat und Kapital sowie ihre Repressionsmaschine entgegen. Zunehmend wurden politische Einschätzungen diskutiert und akzeptiert, die den Widerstand gegen AKWs als einen Bestandteil des Kampfes gegen das System als Ganzes und Sabotage als legitim und notwendig begriffen.



So heißt es in dem von einem breiten Bündnis getragenen Aufruf zur Brokdorf-Demo im Juni 1986: „Solange das mörderische Atomprogramm weitergeführt wird, sind alle Formen des Widerstandes gegen Einrichtungen des Atomstaates und der Atomindustrie legitim und notwendig. Unsere Stärke ist die Vielfalt des Widerstands."



Dokumentation:

Einen unserer Träume haben wir erfüllt:

In der Nacht vom Freitag, den 27.4., zum Sonnabend, den 28.4.84 haben wir einen Strommast in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf gesprengt. Dieser Mast gehört zur Trasse, die das AKW an das Überlandnetz anschließt.

Der über 10jährige Kampf gegen das AKW-Brokdorf war für viele ein Symbol des Widerstands und der Hoffnung, unsere Vorstellungen gegen die menschenvernichtende Politik dieses Staates – zumindest an dieser Stelle selbst zu bestimmen.
Aber während Polizeiarmeen, Kriminalisierung, Verfolgung und Tonne um Tonne Beton und Stahl bei einem Großteil der Bewegung Hoffnung in Resignation umwandelte, heißt Weiterbau und vielleicht sogar die Inbetriebnahme für uns nicht die Beendigung unseres Widerstandes, sondern eine neue Phase unseres Kampfes.
Diese Zuversicht haben wir, weil wir wissen, daß wir unseren Kampf nicht ausschließlich über einzelne Projekte wie AKWs oder die Startbahn-West bestimmen können, sondern wir die Ursachen dafür, nämlich den Staat bekämpfen müssen. Dies wird ein sehr langfristiger Kampf sein, der Siege und Niederlagen mit einbeziehen muß. Aber unserem Ziel, einem selbstbestimmten Leben ohne Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung näher zu kommen, heißt, nicht nur gegen die äußeren Erscheinungsformen dieses Staates wie Umweltzerstörung, Kriegsvorbereitung, Überwachung, Kontrolle und funktionale Ausrichtung des Menschen, Vereinzelung und soziale Verelendung zu kämpfen, sondern gleichzeitig mit unserem Kampf auch da anzusetzen, wo die Ideologie, Moral und scheinbare Allmacht des Staates unsere Herzen und Köpfe bestimmt. Wir meinen damit auch unsere Formen der Auseinandersetzung, unsere Vorstellung von Recht, Unrecht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand.

So geht es uns mit dieser Aktion nicht um den Sachschaden, den wir unserem Gegner zufügen, sondern auch darum, Möglichkeiten und die Kraft zu eigenständig bestimmtem Widerstand zu finden, und sie ist natürlich auch Ausdruck unserer Lebensfreude.
Wir wissen, daß viele Leute klammheimliche Freude empfinden werden, wenn sie von dieser Aktion erfahren. Genauso, wie wir uns gefreut haben, als wir von dem Anschlag auf das MAN-Computerzentrum oder den zahlreichen Aktionen gegen die Einrichtung eines Atommüllagers und einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und Dragahn sowie gegen Bau und Inbetriebnahme der Startbahn-West erfahren haben.
Diese Freude wird auch wichtig dafür sein, daß immer mehr Menschen selbstbestimmte Widerstandsaktionen durchführen, und es wird wichtig sein, sich auch öffentlich zu äußern, damit wir gegenseitig merken, daß wir nicht alleine sind.
Ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme werden wir mit allen Folgen des AKW Brokdorf konfrontiert sein. Das bedeutet – und das trifft natürlich nicht nur für das AKW Brokdorf zu –, daß wir uns verstärkt damit auseinandersetzen müssen, unseren Kampf nicht nur gegen die technischen Einrichtungen, sondern auch gegen die Verantwortlichen zu richten.
Schade, daß der Knall nicht bis in die Knäste zu hören war, aber wir grüßen damit besonders auch unsere Gefangenen Genossinnen und Genossen.
Schafft viele autonome revolutionäre Zusammenhänge!

Autonome Revolutionäre Aktion

Warum dieser Haftbefehl?

Tatsache ist, daß die Atommafia an ihrem mörderischen Atomprogramm festhält. Es sind die gleichen imperialistischen Konzerne – die Siemens, AEG, Thyssen, VEBA, Deutsche Bank, Daimler etc. –, die heute mit Unterstützung der Regierungen ihre Neuorganisierung im Rahmen des EG-Binnenmarktes vorantreiben. Sie wollen ihre Machtposition weiter ausbauen, um sich günstigere Bedingungen für die mörderische Ausbeutung und Unterdrückung des Trikonts zu sichern. Tatsache ist auch, daß die Regierung Schleswig-Holsteins einerseits von Atom-Ausstieg faselt und andererseits durch ihre politische Staatsanwaltschaft AKW-Gegner verfolgen läßt. Dies sehen wir nicht als Widerspruch. Denn es geht ihnen weniger darum, mit der „alten" Anti-AKW-Bewegung abzurechnen. Es geht vielmehr darum, diejenigen zu treffen, die den AKW-Widerstand stets als Kampf gegen kapitalistische Unterdrückungs- und Ausbeutungspraxis verstanden haben und diesen Kampf bis heute auch in anderen Bereichen kontinuierlich weiterführen.
Es ist diese Kontinuität unseres Widerstandes, wie sie sich in den heutigen Auseinandersetzungen um die Hafenstraße, die Atomtransporte, die Umstrukturierung, den EG-Binnemarkt, die Trikont-Ausplünderung etc. ausdrückt, die mit dem Haftbefehl gegen Fritz angegriffen wird. Und der Angriff zielt auf alle, die sich diesem Widerstand zuordnen und die Teilbereichskämpfe nicht voneinander isoliert, sondern aufeinander bezogen in der Auseinandersetzung mit dem System begreifen.
Sie wollen Fritz zerstören, wie sie alles zerstören wollen, was sich ihrer Herrschaft und ihrer menschenverachtenden Politik entgegenstellt. Mit dem Versuch, Fritz zu treffen, soll der gesamte radikale Widerstand getroffen werden. Sie wollen einschüchtern, abschrecken, spalten, isolieren.
Durch eine breite Solidarität wollen wir dafür sorgen, daß ihr Kalkül nicht aufgeht. Wir fordern alle Gruppen, Organisationen, Personen, die den Haftbefehl gegen Fritz auch als Angriff auf ihre politische Praxis verstehen, auf, sich für die Aufhebung des Haftbefehls und die sofortige Freilassung von Fritz einzusetzen. Solidarität ist unsere Waffe.

Seine Haftbedingungen* schildert Fritz folgendermaßen:

- Einzelhaft
- zweimal in der Woche Zellenrazzia
- kein Kontakt mit anderen Gefangenen (Sprechverbot), d.h. kein Umschluß und kein Aufschluß
- Ausschluß aus allen Gemeinschaftsveranstaltungen
- Einzelhofgang
- Einkauf nur über Bestellschein einmal in der Woche
- Einzeldusche (dreimal alle zwei Wochen)
- Essensausgabe und Ausgabe von Material nur über Vollzugsbeamte, nicht über Kalfaktoren

Zu den Besuchen schreibt er:

– zweimal im Monat Privatbesuche, begrenzt auf eine halbe Stunde unter Aufsicht eines LKA-Beamten und überwiegend mit Trennscheibe
– Anwaltsbesuche mit Trennscheibe
– Durchsuchungen vor und nach jedem Besuch
– Einzelbesuch (normal ist bis zu drei Personen)
– elektronische Durchsuchung der AnwältInnen vor ihrem Besuch des Angeklagten beim Betreten der U-Haftanstalt auf den Besitz von Waffen oder anderen gefährlichen Gegenständen. Dadurch solle „Aktionen zu seiner Befreiung oder der Störung des Anstaltsablaufs" begegnet werden.
– Kontrolle jeglicher Post durch Richter, auch der Verteidigerpost (es gibt etliche Anhaltebeschlüsse für Post und Literatur, u.a. auch für ein Buch mit alten Arbeiterliedern).


* Seit Ende September wird Fritz „gestattet", an Hofgang, Einkauf und Gemeinschaftsbad teilzunehmen.

„ **Aufhebung des Haftbefehls und sofortige Freilassung von Fritz**
„ **Zusammenlegung aller Gefangenen aus RAF und Widerstand**
„ **Sofortige Stillegung aller Atomanlagen**
„ **Gegen ein Europa der Kapitalisten und Imperialisten**

Für die Fortsetzung der Unterstützungsarbeit wird dringend Geld benötigt.
Spendenkonto: Anderkonto „Fritz", RA Andreas Beuth, Kto-Nr. 1250/120 084, Haspa (BLZ 200 505 50)

Kontaktadresse: Solidaritätsgruppe Fritz, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36

V.i.S.d.P.: K.O. Mast



Der vergessene Gefangene

Die Haft des "Palmers-Entführers" Thomas Gratt

TATblatt minus-87-nummer
WIEN/AUG.'89

Im November 1977 wurde Thomas Gratt im Zusammenhang mit der Entführung des Textilmillionärs Palmers durch die "Bewegung 2. Juni" festgenommen und im Feber 1979 zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Hochsicherheitstrakt, teilweise Isolationshaftbedingungen, verschärfte Sicherheitsvorkehrungen und staatspolizeiliche Überwachung bei Besuchen kennzeichneten seine Haftsituation als politischer Gefangener und sind auch heute zum Teil noch aufrecht.

Im Jahr 1987 stellte Thomas an das zuständige Kreisgericht Krems einen Antrag auf bedingte Entlassung nach Verbüßung von zwei Drittel der Haft. Dem üblichen formalen Verfahren - Selbsteinschätzung in Bezug auf die Straftat, Stellungnahme zum Urteil, Angabe seiner Zukunftsperspektive, gerichtspsychiatrische Untersuchung etc - wollte er sich aus seinem Selbstverständnis als politischer Gefangener heraus allerdings nicht unterziehen, da er sein Delikt nicht auf der Ebene von Kriminalität abgehandelt wissen möchte. Sein Antrag wurde daraufhin vom Kreisgericht Krems mit folgender Begründung abgelehnt: "Ihm fehlt jede Bereitschaft zu erkennen, daß er nach der von ihm angestrebten Entlassung die Strafgesetze zu beachten bereit wäre." Neben diesen 'spezialpräventiven' Aspekten wurden aber auch - wie bei politischen Delikten häufig der Fall - 'generalpräventive' Überlegungen angestellt: man befürchte als Beispielswirkung im Fall der Entlassung ein Überhandnehmen erpresserischer Entführung(!). Diesem Urteil schloß sich auch das Oberlandesgericht Wien an.

Seit Dezember 1988 liegt nun dem Kreisgericht Krems ein weiterer Antrag auf bedingte Entlassung vor, dessen Erledigungsfrist dieser Tage endet. Thomas weigert sich nach wie vor, sich der für ihn - und für alle Gefangenen - entwürdigenden Prozedur von Selbstbezichtigung und Psychiatrisierung zu unterziehen. Trotz der durch die Reform von 1987 geschaffenen prinzipiell erleichterten Bedingungen für eine vorzeitige Entlassung von Strafgefangenen (möglich bereits nach Strafhälfte) beharrt die Justiz auf einer rigiden Ausschöpfung ihres Instrumentariums, um Thomas nach über 11 Jahren weiterhin in Haft zu behalten. Besonderes Gewicht scheint auf die psychiatrische Untersuchung gelegt zu werden. Dahinter steht nichts anderes als der Versuch der Justiz, Thomas eine definitive Distanzierung von seinen damaligen politischen Zusammenhängen abzupressen. Es ist daher zu befürchten, daß auch dieser Antrag abgelehnt wird.

Gerade angesichts der zunehmenden Verpsychiatrierung und Ausdifferenzierung des Strafvollzugs in ein immer subtileres System von Belohnung und Strafe ist das Nichtzurverfügungstellen der Person, die Behauptung der persönlichen und politischen Identität ein notwendiger Akt des Widerstands.

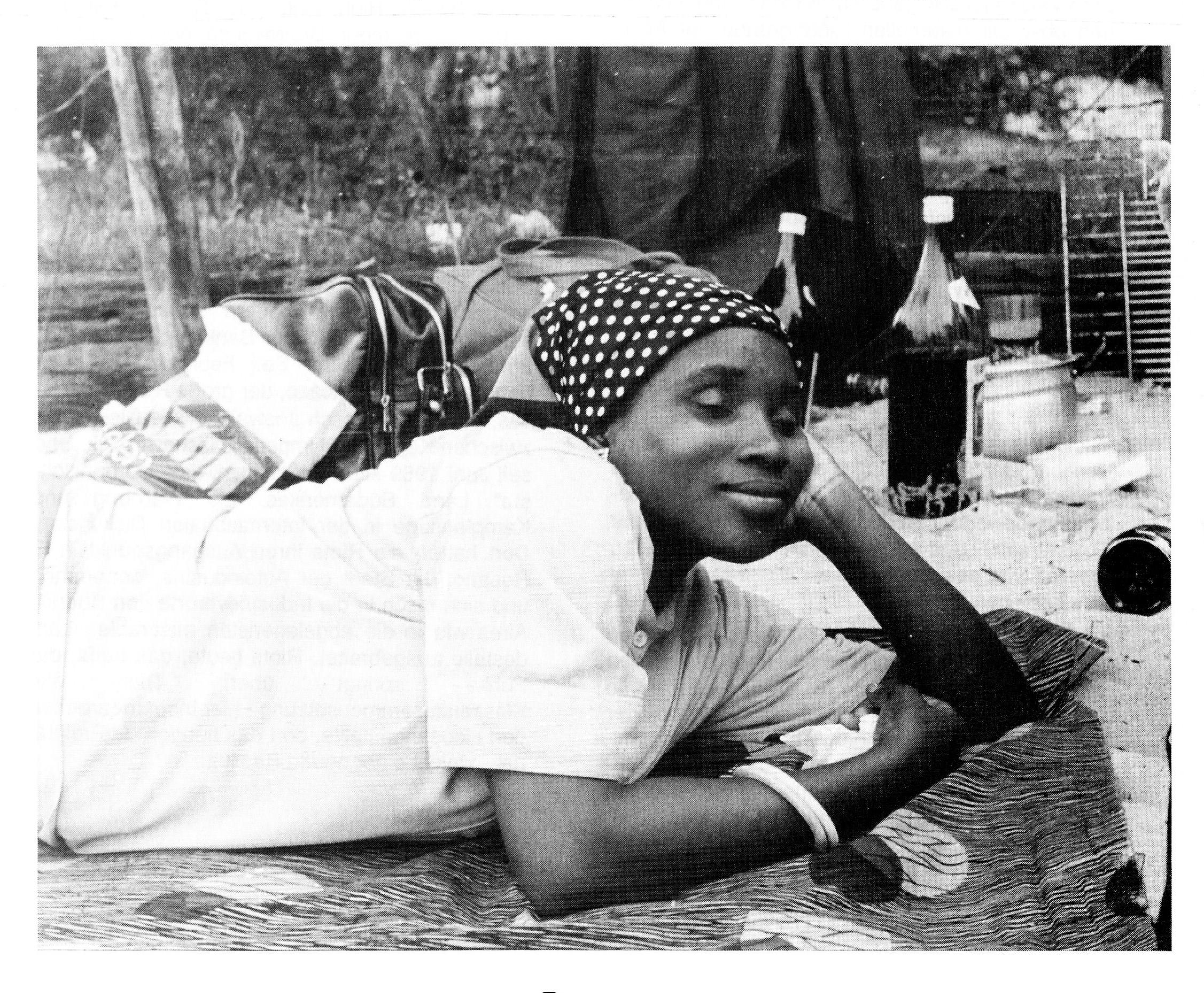
Gesucht wird die **Adresse von thomas Gratt !**

Es haben welche Interesse daran mit ihm Kontakt aufzunehmen, sie waren aber bislang trotz vieler Bemühungen erfolgslos. Es soll einen Artikel in der Moz (Wien) von ihm geben, der aber unauffindbar schient. Also: falls wer etwas genaueres über seine Situation weiß (er scheint ziemlich isoliert zu sein) oder gar seine Adresse hat, schreibt bitte an die INTERIM, wir werden es dann veröffentlichen. Merci

ANTWORT AUF DIE KRITIK DER KÖLNER

AN DEN "MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTI- IMPERIALISMUS AUS DER INTERIM NR. 70

Es scheint, daß wir ein Mißverständnis in Bezug auf die "Materialien für einen neuen Antiimperialismus"noch einmal klären müssen. Die Materialien begreifen sich nicht als Fortsetzung der Reihe"Autonomie". Sicherlich hängt die Geschichte einzelner mit der Diskussion um die Autonomie zusammen und sicherlich sind die damals entwickelten Analysen und Theorien für unsere Diskussion von Bedeutung. Aber die Kontinuität,die ihr unterstellt ist schlichtweg falsch.Von daher ist es auch daneben alle Defizite bei der Aufarbeitung autonomer Flüchtlingspolitik von uns einzufordern.
Genau wie ihr sehen wir,daß es an einer Aufarbewitung autonomer Flüchtlingspolitik mangelt,daß auch die damaligen "Thesen" in diesem Zusammenhang diskutiert und kritisiert werden müssen.Vor allem auch im Hinblick auf die oberflächlichen bis peinlichen Positionen über Flüchtlinge aus der DDR,Polen.... Dies kann nur ein gemeinsames Diskussionsprojekt aller sein, vor allem derjenigen,die praktische Flüchtlingspolitik gemacht haben und machen.An dieser Diskussion werden wir uns beteiligen.
Zum weiteren ist bei schon flüchtigem Durchsehen der Materialien sichtbar ,welche Bedeutung wir der Migration beimessen.Sowohl im Mittelamerika- als auch im Brasilienheftwird der Doppelcharaktervon Migration, auf der einen Seite als Ausbruch aus alten Strukturen, Einforderung von "besserem Leben", als Kampfform von unten, auf der anderen Seite als Vertreibungspolitik des Kapitals,als Neuzusammensetzung und Spaltung der Klasse umfangreich beschrieben und analysiert.Und wir denken tatsächlich,daß die hierbei gewonnenen Erkenntnisse für die Diskussion von Bedeutung ist. Aber nun genauer zu eurer Kritik am Brasilienheft:



1. Wo bleibt das Hauptthema des Hefts?

Schade, daß sich der oder die KritikerInnen des Brasilienhefts nicht um das zentrale Thema des Hefts und der neuen Internationalismusdiskussion gekümmert haben: Das waren - damals, vor erst einem Jahr - die Riots, die rund um die Weltkugel aufflackern und mehr in die Schlagzeilen geraten als die klassischen antiimperialistischen nationalen Befreiungskämpfe. Seit Anfagn der 80er Jahre gab es zwei gängige Erklärungen für das Ausbrechen von Riots: Es hieß, sie seien die direkte Quittung auf die IWF-Programme, nachweisbar beispielsweise an der auferlegten Austeritätspolitik der Regimes in Tunesien und in Jamaica und den Revolten dort 1983/84. Zum anderen gab es eine Erklärung, die schon immer Aufstände begleitet haben: Es seien Randerscheinungen, berechtigte oder unberechtigte Erhebungen von Marginalisierten, in unserer neuen Szenesprache: Ghettoaufstände Beispiel Brixton.

Diese Diskussionen hatten ihr Gutes. Sie haben ins Bewußtsein gerückt, daß der metropolitane Bezug auf die nationalen Befreiungsbewegungen, wie es die Solidaritätsgruppen und 3.Welt-Läden vertreten, oftmals zum alten Eisen oder zum Müll der mittelständischen alternativen Entwicklungspolitik gehören. Kleine Untersuchungen über die materiellen Hintergründe der Alternativgeschäftchen und über biographischen Entwicklungen von Personen aus den Soligruppen hin in den staatlich--imperialistischen Entwicklungsdienst blieben zwar aus, wären aber leicht zuführen. Die Riots-Diskussion wurde von neuen politischen Gruppen geführt, die zum großen Teil aus Straßenkämpfen und Hausbesetzerbewegungen hervorgegangen waren und einforderten, daß die Analyse der politischen Verhältnisse hier bei der Untersuchung der BRD-Verhältnisse nicht stehenbleiben kann. Die praktische und theoretische Beschränkung auf Kämpfe in der BRD endet erfahrungsgemäß in der fast grenzenlosen Intergrationspolitik des BRD-Systems, in Nabelschau und Metropolenchauvinismus.

Aber der Bezug auf die Riots hatte etwas Zwanghaftes. Oft wurde der Mythos der alten Befreiungsbewegungen durch den neuen Mythos der Riots ersetzt. Und schon stimmte die Welt wieder. Überall wird gekämpft, und wir wissen, worauf wir uns beziehen.

Dabei bieten und boten die Riots ganz neue Erkenntnisse und Erfahrungen über die neuen weltweiten Klassenkämpfe an. Darum geht, es im Brasilienheft, um die Herausarbeitung dieser neuen Klassenbewegungen. These: Die kurzatmigen Interpretationen von Aufständen als IWF-Abrechnungen oder als Ghettorevolten stimmen nicht oder nur am Rande. Beispiel: Brasilien 1983.

Im Heft Seite 3 - 9 und 75 - 81 wird belegt, daß die Plünderungen anders laufen, als uns noch immer manche verdörrten Hirne der alten Arbeiterbewegung weismachen wollen, die sagen: Die Arbeiter streiken oder stehen in Lohnverhandlungen, die Frauen demonstrieren mit Kochtöpfen, die Hungernden machen Brotrevolten, die Lumpen überfallen die Geschäfte. Sicherlich hat diese Ideologie der verschiedenen Kampfformen nie gestimmt, aber das Beispiel Brasilien 1983 hat gezeigt, daß ausgerechnet die Plünderungen zur zentralen Angelegeheit der Klasse werden können, wenn die anderen Kampfmittel versagen und sich in dieser Art der Aneignungsaktion viele Kampferfahrungen bündeln lassen. Es wird belegt, in welchem Zusammenhang die Plünderungen zu großen Entlassungswellen in der Fabrik und zum Kampf um den staatlich festgesetzten Mindestlohn standen; es wird belegt, welche Rolle die Frauen in diesen Klassenkämpfen übernommen haben, es wird ein Bild entworfen, das sich nicht mehr auf nur den einen oder anderen Teil der gespaltenen Klasse bezieht, sondern auf das Zusammenwachsen der Klasse aufgrund der materiellen Bedingungen der letzten 20 Jahre. Und aufgrund der Kämpfe, die mit den alten Traditionen der Arbeiterbewegungen gebrochen und die verschiedenen Klassenteile zusammengebracht haben. Riots sind - so die Aussage des Hefts - nicht mehr Brotrevolten oder spontane Verzweiflungsakte, sondern organisierter, zum Teil jahrelang vorbereiteter Audruck von Klassenkämpfen. Neben anderen Kampfformen.

Gut, das war eine der wichtigen Thesen im Brasilienheft, an einem "Länderbeispiel". In diesem Jahr kamen Bestätigungen für diese These, die die Unruhen von Brasilien 1983 noch übertroffen haben. Venezuela, das "stabilste" Land Südamerikas, das Land mit einer zwar nicht wohlhabenden, aber doch "modern" strukturierten ArbeiterInnenklasse, hat den Banken der Welt das Fürchten beigebracht. Seit Februar/März 1989 beherrscht der Caracazo, der große Riot in Carracas, der sich so rasch ausweitete, die Diskussion zwischen Kapital und imperialistischer Politik. Und seit Juni 1989 steht Argentinen, das "europäischste" Land Südamerikas, als Warnung und Kampfansage in der internationalen Diskussion. Dort hatten die Riots ihren Ausgangspunkt in El Rosario, der Stadt der Autoindustrie, genommen und sich rasch in die Industrievororte von Buenos Aires wie in die abgelegensten miserablen Landesteile ausgebreitet. Riots heute, das heißt, der Funke springt über. Die alte Klassenzusammensetzung - hier Industriearbeiter, dort Hausangestellte, dort das hungernde Proletariat - weicht einer neuen Realität.

2. Kapitalentwicklung

Umso unverständlicher ist es, daß in der Heft-Kritik aus Köln eine allzu starke Orientierung an der Kapitalentwicklung unterstellt wird. Ein paar Sätze weiter heißt es allerdings, das Heft sei zu triumphalistisch angelegt, was das Gegenteil heißt: Triumphalistisch bedeutet, allzu starke Betonung der Kämpfe, der subjektiven Seiten in den Kämpfen und eine Überschätzung der Reichweite der Kämpfe.

Was stimmt, ist, daß die neue Klasse nicht allein aufgrund offener Kämpfe und Plünderungen entstanden ist. Beileibe nicht. Daher finden sich im Heft weite Passagen über die Entwicklung von Kapital und ArbeiterInnen, von Fabrik und Klasse, die in ihrer Wechselwirkung beschrieben werden. Manches wäre ein Streit wie um die Henne und das Ei: Hat das Kapital die Bauernfamilien entwurzelt, sie zu LandarbeiterInnen proletarisiert und schließlich in die Städte, in die Großfabriken getrieben? Oder haben sich die Bauernfamilien und LandarbeiterInnen immer besser organisiert, unhaltbare Bedingungen für die Landbesitzer geschaffen und sind schließlich in offenem Kampf in die Städte gegangen, um dort ihren Anspruch auf bessere Lebensbedingungen und freiere Gesellschaftsverhältnisse einzuklagen? Oder haben einzelne das Land verlassen, um individuell ihr Glück in der Großstadt zu suchen, haben sich dort als kleines Männchen in der großen industriellen Reservearmee gegen die organisierten IndustriearbeiterInnen instrumentalisieren lassen? Im Brasilienheft gibt es genug Beispiele und Material, um jede dieser Thesen zu belegen. Worauf es aber ankommt, ist nicht das überspitzte Herausfischen einer Seite dieses gigantischen Umwälzungsprozesses, der in Brasilien sicher 100 Millionen Menschen in den letzten 20 Jahren erfaßt hat - oder den sie gestaltet haben. Sondern wichtig ist das Herausarbeiten der Widersprüchlichkeit dieses Prozesses und die Folgen: die wachsende Einheit der Klasse, die dieser Prozeß, bzw. die Kämpfe - die diesen Prozeß hervorgerufen haben oder von ihm hervorgerufen wurden - historisch bedeuten.

Im Heft Seite 30 - 35 ist der Zusammenhang von den neuen Industriezentren, den ersten großen Massenarbeiterstreiks in Brasilien und die wachsende Verbreitung dieses Streikverhaltens in ganz anderen Sektoren der Gesellschaft dargestellt. Dieser Teil verdient insofern besondere Erwähung, weil für eine ganze Reihe von Industrialisierungsoffensiven im Trikont zur Zeit der Revolution in Cuba typisch ist. Das heißt, es wurden gigantische Arbeits- und Lohnzusammenhänge geschaffen, die den Druck der Landflüchtigen, der revolutionären Bauernligen, aber auch der städtischen Unzufriedenheit durch neue Einkommensverhältnisse abfangen sollte. In den neuen Industrien der Transnationalen - vor allem der Automobilindustrie - verdienten die ArbeiterInnen tatsächlich mehr als in anderen Betrieben oder als auf dem Land und verstärkten durch die wachsenden Erwartungen die Sogwirkung in diese neuen Industrien. Zugleich sollten die Beschäftigungsverhältnisse eine Organisierung der ArbeiterInnen verhindern, nach zwei, drei Jahren wurden die meisten wieder entlassen - aus Prinzip. Die Folge war, daß die entlassenen ArbeiterInnen ihre Zerstreuung in den 60er Jahren mehr und mehr nutzen konnten, nämlich als gemeinsame Erfahrungsgrundlage, als Mittel zur Zirkulation von Kämpfen. Auch wenn sie schon längst nicht mehr GroßbetriebsarbeiterInnen waren, sondern Reparateure und Blechbastler, Hausfrauen und Klitschenmalocher, usw.

Genaueres zu der Entstehung dieses neuen Industrieproletariats - Industrie im weiteren Sinne - in Brasilien ist übrigens auch in den wildcats der letzten zwei Jahre nachzulesen. Brasiliens ist nicht nur wegen der Zoffs, sondern auch wegen des Fehlens einer starken traditionellen, reformistischen Arbeiterbewegung bei gleichzeitigen großen ArbeiterInnenkämpfen interessant...

So weit zur Kapitalentwicklung in den Städten. Doch eine weitere Bemerkung kann ich mir hier nicht verkneifen: Die Migrationen Richtung Urwald, Richtung Amazonas werden von den KölnerInnen als gutgeglücktes Unternehmen des Kapitals dargestellt. Das waren sie sicher, bis vor einigen Jahren. Nun gelten die MigrantInnen, die ins Landesinnere zum Roden geschickt wurden, mehr als je zuvor als unsichere Kandidaten. Nicht nur, daß sie sich gmeinsam gegen die multinationalen und brasilianischen Großgrundbesitzer organisieren. Jetzt, in diesen beiden letzten Jahren, haben so angefangen, sich mit anderen Ansässigen und mit Indianem gemeinsam gegen die Riesenstaumdämme zu wehren, die in der Amazonasregion errichtet werden.

Genauso wie die früheren Migrationen ins brasilianische Landesinnere scheitert diese staatlich geförderte Massenwanderung. Die früheren stoppten immer dann, wenn sich die MigrantInnen zu organisieren begannen, wenn dann maschinell abzuerntende Monokulturen eingeführt wurden, bis schließlich die Böden erschöpft waren. Alle früheren Migrationsfronten - so hießen diese Unternehmungen - sind schließlich an der wachsenden Organisation der MigrantInnen und ihren Folgen gescheitert. Und nun ist der große Migrationszug ins Amazonasbecken hinein auch in die Krise geraten. Zum ersten Mal haben Indianer, MigrantInnen und Kautschukzapfer in diesem Jahr große gemeinsame Aktionen unternommen, wie gesagt, zum ersten Mal in der Geschichte Brasili-

ens. Die gemeinsamen Interessen, die sich da in den Regionen des Urwals herausbilden, sind angesichts des jahrhundertelangen Völkermords an den Indianern unerhört. Und es ist anzunehmen, daß die Öko-Kampagne (zur Rettung der Regenwälder), die die Weltbank und einige große US-Vereinigungen angeleiert haben, nicht so sehr durch Waldschutzinteressen motiviert sind, sondern durch das sich abzeichnende Ende der Migrationen Richtung Urwald. Die internationalen Organisationen sagen: Das alte Ausbeutungsmodell, das auf Landnahme, Weiterziehen und Begleitung durch multinationale Großprojekte basierte, ist aufgrund des wachsenden Zusammenschlusses der Betroffenen und Ausgebeuteten nicht mehr lange tragbar. Gesucht wird ein Ausbeutungsmodell, das "umweltverträglich" ist und der Tatsache Rechnung trägt, daß die verschiedenen Bevölkerungsgruppen - Indianer, Kleinbauern, Kautschukzapfer u.a. nicht mehr so leicht gegeneinander ausgespielt werden können.

3. Alles wird zum Motor des Kapitals !???

Viel ist vom italienischen Operaismus zu lernen. Der sagt, wir haben genau hinzugucken bei der Ausbeutung: Schließlich sind es die ProletarierInnen selber, die produzieren, und nicht das Kapital. Sie sind nicht allein Opfer der Ausbeutung, sondern Subjekte, sie haben das Wissen, das die Produktion erst möglich macht und das Wissen, wie die kapitalistischen Verhältnisse aus den Angeln zu hebeln ist.

In den 70er Jahren war jede Kritik, die aus operaistischen Überlegungen herrührte, eine Wohltat, angesichts der versteinerten Vorstellungen vom weißen, männlichen Industriearbeiter der 20er Jahre, die die K-Gruppen pflegten. Die operaistische Kritik war eine Wohltat auch angesichts der Technikbegeisterung einiger K-Gruppen, die damals gar den Bau von AKWs verteidigten. - Da konnte man lässig dagegenhalten, daß das Kapital schon stets zur Entwicklung neuer Technologien gegriffen hat, wenn die Streiks überhand nahmen. Genau wie jedes Eigentumsdelikt den Erfindergeist der Besitzer beflügelt.

Heutzutage ist der Operaismus bei manchen autonomen Kleingruppen zur stummpfen Philosophie verkommen. Wenn alles und jedes, was sich bewegt, was sich regt, was Widerstand produziert oder was angreift, was sich organisiert und zuschlägt, was nicht die Sollbruchstellen, sondern den Kern des Kapitalverhältnisses trifft, was Krise hervorruft, weltweise Krise des Kapitals, - wenn alles immer nur Motor ist für den nächsten Schritt des Kapitals, ohne daß wir genauer hinzugucken brauchen, dann können wir uns getrost in unseren Sessel zurücklehnen. Wir wissen sowieso schon, wies weitergeht. Das Kapital ist sowieso schlauer.

Operaismus in Italien: Das war immer die Suche nach dem Punkt, an dem das bisherige "Motor-Verhaältnis" völlig, und mit völlig unabsehbaren Folgen gesprengt werden kann. Bei Tronti heißt es, daß das Wesentliche der Klassenaktion gerade im "Überraschen des Klassenfeinds mit der Initiative einer plötzlichen, unvorhergesehenenen, unkontrollierten theoretischen Entwicklung" sei. Mit der Blickverengung, daß alles immer wieder zum Motor des Kapitals gemacht werden kann, auf der Suche nach dem ewig erneuerten Motorenverhältnis verlieren die KölnerInnen aus dem Auge, wohin die Fahrt gehen soll. Motor statt Revolution?

Ein paar Kostproben aus dem Kölner Papier: "Auch wenn das so ist, so ändert es nichts daran, daß sich das Kapital die Verelendung der ProletarierInnen zum Motor gemacht hat." Oder: "Durch diese Entwicklung ist das Kapital aber nicht, wie im Heft behauptet, zum Rückzug gezwungen, sondern sie macht diese Krise seines Kommandos über die Arbeit zum Motor seiner Entwicklung."

Im Brasilienheft ist Wert darauf gelegt, daß der Kapitalismus in Brasilien - wie überall - in den letzten 20, 30 Jahren ganz spezifische Wandlungen durchmacht hat. Nicht irgendwelche, nicht irgendwie Widerstand und Motor, sondern beschreibbare: Die Rede ist vom Entwicklungsmodell. Das sah vor, durch die Industrialisierung mittels Großbetriebe revolutionäre Bewegungen seit Ende der 50er Jahre aufzufangen und wachsende Schichten mit Lohnversprechen und Betriebsarbeit in den multinationalen Kapitalismus teilweise einzbinden. Teilweise, weil die Entlassungen aus den Fabriken konstant hoch gehalten wurden und damit die Nichtteilhabe am westlichen Wohlstand - Auto/Waschmaschine/usw. - für den Großteil des Proletariats geplant war. Entwicklung hieß dieses Modell dennoch, weil ein heute unvorstellbarer Anteil des Profits für den Bau von Straßen, Schulen und anderen Verkehrs- und Kommunikationswegen verwendet wurde. Dieses Entwicklungsmodell basierte auf einem deutlichen Entwicklungsgefälle zwischen Millionenstadt und Hungerregion. Dieses Gefälle existiert zwischen Sao Paulo und dem Nordosten, wie zwischen Los Angeles und El Salvodor oder Frankfurt und Kurdistan. Dieses Gefälle lebt von der Migration, vom Auspielen der Ankommenden gegen die organisierten Ansässigen. Je mehr sich Ansässige und Ankommende, Millionenstadt und Hungerregion, ArbeiterInnen von Großfabrik und Zuckerohrplantagen gemeinsam proletarisch organisieren, desto mehr gerät dieses Akumulationsgefälle in die Krise. Genau das ist passiert. In Brasilien wie

weltweit in den 70er Jahren, in vielen Untersuchungen genau beschrieben, mal als Ölkrise, mal als Explosion der staatlichen Sozialausgaben, mal als zu hohe Sozialansprüche bei zu wenige Arbeitsleistung. Seitdem wird rationalisiert, was das Zeug hält: Großprojekte, Staudämme werden gebaut, Akws, alles außerhalb der Großstädte. Und auf der anderen Seite werden die Hungerregionen einer Vernichtungspolitikk überführt, staatlich-kapitalistisch-geplant, wie es im Brasilienheft in den Interviews ranghoher Regierungsvertreter und Manager kaltblütig ausgesprochen und zitiert wird. Das war - im Jargon der Soziologie oder der Technik, da uns die Sprache fehlt, - das war und ist Rationalisierung, Verteibung, Völkermord und nicht Motor. Kein neues Akkumulationsmodell folgte daraus. Sondern schlicht Krise und nochmals Krise. Das Kapital hat bis heute keine Antwort gefunden, wie es auf die übergreifenden, kontinentalen Kämpfe einen neuen Ausbeutungszyklus setzen soll. Von daher das Krisenmanagement, jede Woche neue Maßnahmen, kurzfristig und anfällig. Von neuem Keynesianismus, von neuer Einbindung des Weltproletariats in einen ganz neuen Entwicklungsschub, ist nichts zu sehen und zu hören. Das heißt Defensive des Kapitals, auch wenn es sich dabei von seiner grausamen Seite, von der Vernichtungsseite, in seinen Destruktivkräften, zeigt.

4. Rvolutionäres Programm?

Als zentralen Satz im Kölner Papier habe ich folgenden verstanden: "*Unsere Kritik richtet sich (...) gegen ein Bild von Kämpfen, wo das Nichtfunktionieren für die Pläne des Kapitals schon als Angriff und Moment von Klassenkonstitution bewertet wird und dieses Nichtfunktionieren in den Mittelpunkt einer Theorie gerückt wird, die dadurch schon das Kapital auf dem Rückzug sieht, ohne die Folgen dieses Rückzugs für die davon Betroffenen zu berücksichtigen.*"

Ein doppelter Vorwurf: Erstens ist das Kapital nicht auf dem Rückzug, und zweitens bewirkt dieser Rückzug des Kapitals für die Betroffenen ungeahnte, böse Folgen. Das ist widersprüchlich. Kehren wir den Satz um: Wir sind deswegen gegen den Rückzug des Kapitals, weil daraus unabsehbare Folgen entstehen könnten. Aber ganz so ist das ja nicht gemeint.

Bleiben wir bei der ersten Behauptung: Das Kapital ist gar nicht auf dem Rückzug. Nichtfunktionieren bedeutet nicht schon siegen. Verweigerung ist weniger als Angriff, könnte man auch sagen. Aber da ist doch im Brasilienheft Seite 28 ff. eine Dokumentation zur Guerilla Ende der 60er Jahre drin, die klare Angriffslinien auf das brasilianische und multinationale Kapital beschrieben hat. Und anschließend die Massenstreiks: Die Guerilla war noch davon ausgegangen, daß sie Wege abkürzen könnte und müßte. Wenige Jahre später kamen die Massenstreiks, kamen die Massenaktionen, von denen die Guerilla nur hatte träumen können. Die Krise: die hatten nicht nur die Guerilleros, sondern umfassend die Streiks in den 70er Jahren ausgelöst, und das wohl nicht nur in Brasilien. Mit dieser These werden die Kölner wohl auch einverstanden sein. Daß die "Pläne des Kapitals" (was ist das?), falls sie denn hinter dem Rücken der Kapitalisten tatsächlich existieren, im Licht der Praxis ständig korrigiert werden, - so die KölnerInnen - bestreite ich nicht. Halte ich aber eher für eine Stilblüte. Darum gehts doch nicht. Sondern darum, ob das Nichtfunktionieren schon ein ausreichendes Programm für eine Revolution, sagen wir eine Oktoberrevolution, sein kann. Für eine Revolution, in der ein Palast gestürnmt wird, in der ein Programm verkündet wird, schwarz auf weiß.

Nichtfunktionieren ist natürlich kein Programm. Nichtfuntkionieren ist eine Beschreibung vom Standpunkt des Kapitals aus. Vom proletarischen Standpunkt heißt das: Reichtum, sozialer, gesellschaftlicher Reichtum, den das Kapital nicht verwerten kann. Daher ist im Brasilienheft nicht nur beschrieben, wie die Rationalisierungmaßnahmen des Kapitals seit 1973 aussehen, sondern auch, wie vor allem seit 1979 "die sozialen Widersprüche explodieren". Auf den Seiten 58 - 63 und 78 - 83 werden Beispiele genannt: Frauenkämpfe, Zusammenschlüsse von Kindern, Aneignungskämpfe, die erst in einer Zeit möglich werden, als der soziale Raum geöffnet ist, nach den großen ArbeiterInnenstreiks, die die Diktatur in die Knie gezwungen haben, und sich der Deckel hebt, in dem es brodelt. In den 70er Jahren gingen die Reformisten und Militärs noch davon aus, daß Reformen tatsächlich greifen und befrieden könnten. In den 80er Jahren nicht mehr. In den 80er Jahren ist nur noch die Rede von Zugeständnissen, die an die verschiedenen Bewegungen und Unruhen gemacht werden müßten, oder eben auf keinen Fall gemacht werden könnten. Daß die Gesellschaft jemals wieder in den Griff gekriegt werden kann, - ob durch Bildungspolitik, Knast, soziale Maßnahmen oder Arbeitsprogramme - , wie in den 60ern zur Zeit der Militärdiktatur, davon geht heute niemand mehr aus. Nicht wegen dummer Planer, die dann durch die Praxis klug werden, sondern weil sich gesellschaftlich einiges geändert hat, was mittels der Herrschaftskategorien weder für die Verwertung erfaßt noch beschrieben werden kann. Und selbstkritisch müssen wir anmerken, daß uns auch oft genug die Worte dazu fehlen, die Phantasie und das Wahrnehmungsvermögen.

Zum zweiten Teil der Kölner These: Was ist, wenn sich das Kapital zurückzieht und es zu bösen Folgen kommt. Beispiele werden im Kritikpapier genannt: Die Todeskommandos, die in den Milllionenstädten, vor allem in Rio, in den letzten Jahren Tausende von angeblich Kriminellen, Schwulen und Andersartigen umgelegt haben. Und Verelendung: Erst wird gekämpft, dann zieht sich das Kapitl zurück, dann kommt die Arbeitslosigkeit und dann der Hunger. Es mag zynisch klingen, ist es aber nicht: Die Vernichtungskräfte des Kapitals werden zunehmen, je mehr es sich bedroht sieht. AKWs, Rüstungsprodutkion, Krieg, Raubbau - Todesproduktion ist das, wo das kapitalistische Verwewertungsverhältnis in Krise geht. Rationalisierung des alten Produktionsmodells ist das, eben weil das Kapital keine oder nur unzureichende neue Ausbeutungsformen aus dem gesellschaftlichen Reichtum kreieren kann. Und ein zweites: Gerade am Beispiel der französischen Revolution wurde uns von den reaktionären Geschichtsschreiben dieses Jahr vorexerziert, daß die sozialen und produktionsbezogenen Kosten der Revolution unverhältnismäßig hoch gewesen seien, eine Modernisierung/Anhebung des Wohlstands ohne Revolution wäre besser gewesen. Was sagen sie erst zur Pariser Kommune, zur Oktoberrevolution, zur Revolution in China? Daß der Feind uns bekämpft, ist klar. Auch mit Todesschwadronen. Auch hier, wenn es hier große revolutionäre Bewegungen gäbe. Und daß das der Imperialismus ständig ein Riesenkapital aus Südamerika abzieht, seit 1982/83, fordert tagtäglich die soziale Phantasie und neue Aneignungskämpfe des Proletariats heraus.

5. Bevölkerungspolitik

Der dickste Klopper im Kölner Papier ist allerdings die Passage über die Bevölkerungspolitk. Zitat: "*Das bevölkerungspolitische Ziel der Sterilisationsprogramme ist nicht eine niedrige Geburten rate, sondern deren Kontrolle.*" Die Rede ist nicht von der Bundesrepublik, sondern von den Sterilisationsprograrammen im Nordosten Brasiliens, und am Rande der Großstädte - sowie den Versuchen, wie sich die Frauen - denn um Frauen handelt es sich - den Sterilisationsverprogrammen zu entziehen versuchen. Die Beschreibung der Sterilisationsprogramme ist im Brasilienheft eingebettet in den Abschnitt über die Rationalisierung. Während der entwicklungseuphorische brasilianische Staat Ende der 60er noch von einer wünschenswerten Verzehnfachung des Bevölkerungswachstums bis zum Jahr 2000 ausging, sieht der Staat in der Krise einen Rettungsanker - neben den Hhungersnöten, neben anderen Kapitalkonzentrationenen mit möglichst wenig Bevölkerung - in der Sterilisationspoltik. Getroffen werden damit in erster Linie nicht die Männer, sondern die Frauen. Genauer: Die indianischen und afroamerikansichen Frauen Brasiliens. Gemeint ist nicht die Frau der Mittelschicht, die vielleicht sogar entführte Babys wie in den USA oder In Europa zur Adoption sucht, oder sich künstlich befruchten läßt (dann macht der Satz von der Kontrolle der Geburtenraten/oder Kinderrate je nach Klassenlage noch ein kleines bißchen Sinn) sondern gemeint, als Ziel genannt ist die Frau, die zur Protagonistin zahlreicher sozialer Kämpfe geworden ist. Die nicht mehr völlig in ihren sozialen Zusammenhängen verwertet werden kann. Was für einen Sinn macht es, wenn man beschönigend wie die Steriliationsagenturen sagt, "Ziel ist nicht die Senkung der Geburtenrate, sonderen drern Kontrolle", sprich die "Familienplanung"? Bei den internationalen Agenturen, die die Sterilistaionsaprogramme vorangetrieben haben, ist das Ziel der verbalen Umschreibung klar: Es geht um die Verschleierung des destruktiven Charakters des Programms. Die Sprache lügt immer auf gleiche Art: Angeblich geht es, wenn wir Beispiele bilden, in der Produktion nicht um die Ausbeutung der ProletarierInnen, sondern nur um deren Kontrolle. So ist das.

tgl. 16.00-18.00 **INFOCAFE VAMOS.** Marchstr. 23, Freitag- ♀ -tag

Do. 12.10. 19.00 **Dani, Michi, Renato & Max**, Film im El Locco, Kreuzbergstr. 43
21.00 **Underground**, Film im El Locco

Fr. 13.10. 20.30 **YOK-Quetschenpower** präsentiert: Volxkultur fom Veinsten ansonsten bis zum 5.11. Do.-So. 20.30 im Kaffee Graefe, Graefestr. 18
21.00 **STAATSGEWALT** Politische Verfolgung und Innere Sicherheit in der BRD Enno Brandt referiert über das Buch, anschl. Diskussion, im El Locco
21.00 **LESBEN FRAUEN FÄÄST** im Steps, Großbeerenstr. 64
18.00 **ANTIFA-DEMO** und **AKTIONEN**, U-Bhf GESUNDBRUNNEN, anschl. **KUNDGEBUNG** vor dem RATHAUS
22.00 **40 Jahre TUSMA** in der ALTEN TU-Mensa. s. S.

Sa. 14.10 16.00 **KIEZCAFE** zum Prozess der kurdischen GenossInnnenam 24.10. vor dem OLG Düsseldorf. -Diskusssion und einschätzung des Prozesses als Teil der Kriminalisierung revolutionärer ausl. Organisationen
im Falckeladen -Verschärfung der Situation europaweit (Asyl, Ausländer-Innnengesetze, Kriminalisierung von Widerstand hier,...)
19.00 **IM HERBST DER BESTIE**, Video über die Kampagne gegen IWF und Weltbank im EX, auch Sonntag 15.10. um 20.00.
20.00 **DDR 1949 -1989**, Rückblick auf 40 Jahrereal er Kapitalismus im Internationalistischen Zentrum, Mahlower Str. 9
22.00 **FETE** in der SFE von Papptiger und Schwarzbild. Siehe Interim Nr.72 Infos zu Knast, Umstruktierung, Flüchtlinge, EG,... und **TOMBOLA**
14.00 **Zur jüngeren deutschen geschichte**, Videofilm, 70min, im El Locco
21.00 **Gezielter Todesschuß**, Vortragsbericht und Diskussion im El Locco

So. 1 .10. 16.00 wie jeden Sonntag **Frauenkiezcafe** im Falckeladen, Falckensteinstr. 46 **KINDER erwünscht!!**
18.00 auch jeden Sonntag **KIEZKÜCHE** im Anfall, Gneisenaustr.
17.00 **TÜRKISCHER TERROR**, Video 23 min, über die türkische Militärjustiz, die seit dem Staatsstreich 1980 250.000 Menschen aus pol. Gründen verhaftet hat. Im El Locco
19.00 **Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Maratz.** Videoaufzeichnung eines Dramas von Peter Weiß, 76 min im El Locco
21.00 **YOL - Der Weg**, Viedeo, Schweiz Türkei, 112 min im El Locco


Di 17.10. 19.00 **WOHNUNGSNOT VV** anschließend **Kiezküche** im Mehringhof
19.30 **20 Jahre Krieg im Norden Irlands, 1969 - 1989.** Video "off our knees", neuer film über die 20-jährige Geschichte des Massenwiderstandes im besetzten Norden Irlands, dt. Übersetzung
- Beiträge zur Situation und zum Düsseldorfer Prozeß gegen die beiden irische politischen Gefangenen in der BRD
- Diskussion zur aktuellen Situation und über die westeuropäische Vereinheitlichung der Repression im INFOCAFE Marchstr. 23
19.00 **SPANISCHE BEWEGUNG für TOTALVERWEIGERUNG** Dias & Vortrag, Ausstellung und Diskussionen, im El Locco.
20.00 **RoZ, Radio ohne Zensur, von Jugendliche für Jugendliche** auf Radio 100, 103,4 MHz diese Woche Thema **Sexismus.**
21.00 **Sie würden uns gerne im Knast begraben Video ´89**, im El Locco

Mi. 18.10. 17.00 **Türkischer Terror** im El Locco, s. So.
19.00 **El Tango es una Historia**, 16mmm Film Mexiko 83, 138 min im El Locco
21.00 **Wenn die Berge erzittern**, " " USA/Guatemala 83, im El Locco

Do. 19.10. 19.30 **20 Jahre Krieg im Norden Irlands**, s. Di. im Steps.

Sa. 21.10. 12.00 **Treffen "'Radikale Linke' und Westberlin"** im Versammlungsraum im Mehringhof

So. 22.10. 18.00 **Weddinger Kiezküche**, Wo der steht der Widerstand gegen die Repression Infos zu Fritz Storim und Video zum strobl-Prozeß in der Prinzenallee 58.


HEW
STELLA
NEUE HEIMAT
Royal Trust
HGV
HAFENRAND GmbH
WIR GEHEN NICHT IN EURE BETONGHETTOS!
WIR LASSEN UNS NICHT VERTREIBEN
HGV